Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 117. Montag, den 23. Mai 1921. 28. Jahrgang.

Deutsche Arbeit für Nordfrankreich.

Berlin, 22. Mai. Im Wiederaufbauministerium fand heute eine Besprechung der beteiligten Reichsressorts mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern über den Stand der Wiederaufbaufrage statt. Der Vertreter des Weiderauffbauministeriums bei der Kriegslastenkommission in Paris, Wolf, erstattete Bericht über eine mit dem französischen Minister Loucheur in dieser Angelegenchti gehabte persönliche Besprechung. Es wurde mitgeteilt, daß Loucheur auf das in der deutschen Reparationsnote enthaltene Angebot der deutschen Regierung auf Lieferung von 25 000 provisorischen Häusern insoweit eingegangen sei, als er sich bereit erklärt habe, über die Lieferung von 25 000 Dauerhäusern zu verhandeln, zugleich habe er die sofortige Entsendung von Sachverständigen erbeten. Die Sachverständigen werden bereits in den nächsten Tagen nach Paris abreisen.

Weiterhin wurde mitgeteilt, daß Minister Loucheur sich grundsätzlich mit der Zuweisung eines Abschnittes in den zerstörten Gebieten an Deutschland einverstanden erklärt habe, in dem Deutschland die erforderlichen Hoch- und Tiefbauten und die Aufforstungsarbeiten ausführen könne. Das Wiederaufbauministerium ist sofort mit dem Reichswirtschaftsrat wegen Benennung der Sachverständigen in Verbindung getreten, deren Aufgabe es sein wird, die Besichtigung des von französischer Seite noch näher zu bezeichnenden Gebietsteiles vorzunehmen und die ersten grundsätzlichen Verhandlungen mit der Gegenseite zu führen.

Diese Meldung ist als der Beginn des Sieges der Vernunft zu begrüßen. Bisher hatte sich Frankreich allen praktischen deutschen Vorschlägen gegenüber taub gestellt und sich lediglich darauf beschränkt, mit Milliardenziffern zu jonglieren. Die voraussichtliche Annahme des deutschen Lieferungsangebots von 25 000 Holzhäusern ist schon ein beachtenswerter Erfolg der deutschen These, wonach es im Interesse des französischen Volkes selbst, namentlich der beklagenswerten Bewohner der zerstörten Gebiete liegt, durch sofort in Angriff zu nehmende deutsche Sachleistungen der dringendsten Not abzuhelfen.

Noch wichtiger erscheint uns aber die Tatsache, daß die französische Regierung ihren bisherigen grundsätzlichen Widerstand gegen die Verwendung von deutschen Arbeitskräften an Ort und Stelle endlich aufgegeben hat. Selbst Loucheur, der bisher die Seele dieses Widerstandes war, scheint sich mit diesem Gedanken befreundet zu haben. Wir begrüßen dies im Interesse der so notwendigen Völkerversöhnung, die durch die aufbauende Arbeit deutscher Hände auf den Plätzen der früheren Metzelei sicher beträchtlich gefördert werden wird. Die deutschen freien Gewerkschaften werden sich zweifellos der gewaltigen und schwierigen Organisationsaufgabe gewachsen zeigen, die ihnen bevorsteht.

Wir dürfen diese wichtige Wendung in der Frage der Wiedergutmachung als einen greifbaren Erfolg der Internationale mit stolzer Genugtuung verzeichnen. Sowohl die deutschen wie die französischen Sozialisten haben seit Monaten unermüdlich für diese Lösung gekämpft und sind dabei auf den zähen Widerstand eines mit engstirnigem Chauvinismus gepaarten gewinnsüchtigen Kapitalismus gestoßen. Die Saat der Amsterdamer Konferenzen beginnt zu keimen!

Vor einer Kraftprobe.

H. Berlin, 23. Mai 1921.

In der deutschnationalen Presse häufen sich wieder die Erzberger-Artikel. Die Verurteilung des Schieber-Prinzen Eitel Friedrich zwingt die vornehmen Herrschaften auf der Rechten zu einem Ablenkungsmanöver. Allein die Verlegenheit der Deutschnationalen, die vorgeben, den Drachen der Korruption und des Schiebertums töten zu wollen, und die dabei sich schützend vor die Schieber in ihren eigenen Reihen stellen, genügt nicht die Erklärung der Neubelebung der Erzberger-Hetze. Schon vor den kritischen Mai-Tagen und vor der Kabinettskrise gellte durch die deutschnationale Presse der Allarmruf: Erzberger vor den Toren. Junker, Militaristen und Kapitalisten sind sich darüber klar, daß das neue Reichskabinett, wenn es außenpolitisch etwas erreichen will, in Deutschland gewaltige Reformen durchführen muß. Die Rechte weiß auch, daß die Durchführung dieser gewaltigen Aufgaben wirtschaftlicher und politischer Natur nur möglich ist, wenn dem Reichskabinett ein Preußenkabinett unterstützend zur Seite steht. Deshalb suchen denn auch die Wortführer der besitzenden Schichten in den bürgerlichen Parteien, vor allem aber in den Rechtsparteien den sozialdemokratischen Einfluß im Reichskabinett zurückzudrängen und vom Preußenkabinett überhaupt fernzuhalten. Das kapitalistische Bürgertum ist sich klar darüber, daß es um große Dinge geht, da sein für die Zukunft folgenschwerer Kampf ausgefochten werden muß. Der Demokratische Zeitungsdienst bringt bereits einige Andeutungen über die Richtung des Programms der Reichsregierung. Eine neue Steuergesetzgebung soll geplant sein, die nicht nur die indirekten Steuern vermehrt, sondern auch Teile der Vermögenssubstanz des Reiches und Privater in Anspruch nehmen will. Mit der Sozialisierung aller Energiequellen (Bergwerke, Elektrizität) soll Ernst gemacht werden; dabei will man auf eine sparsame Produktionswirtschaft hinarbeiten, um dem Reich wirklich Ueberschüsse zu sichern. Schließlich soll der Wirtschaftsprozeß durch horizontale und vertikale Organisationen zur Oekonomisierung und Nationalisierung gebracht werden. Es hilft also kein Mundspitzen mehr, es muß wirklich endlich einmal gepfiffen werden, weil wir sonst nicht vom Fleck kommen. Seit dem Zusammenbruch versuchten die besitzenden Klassen in Deutschland durch allerlei Künste und Finessen um die Entscheidung, um die notwendige und rettende Tat herumzukommen. Die Dinge haben sich im Augenblick wieder einmal zugespitzt. Die Lage in Deutschland liegt klar vor aller Augen dar: nur eine wirtschaftliche Revolution bringt uns über den Graben hinüber.

Es gibt im Bürgertum kluge und weitblickende Köpfe, die wissen, daß es ohne große Opfer nicht geht. Auch in den Kreisen der Deutschen Volkspartei gibt es kluge und einsichtige Leute, die gerne einen Schritt vorwärts tun möchten. So hat die Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Frau v. Oheimb soeben auf einer Versammlung in Weimar von der Notwendigkeit großer Opfer gesprochen. Allein wir wissen ja aus den Tagen, in denen es sich darum handelte, ob das Ultimatum angenommen oder abgelehnt werden sollte, daß nicht die vier oder fünf, die einen neuen Weg gehen wollten, durchgedrungen sind, sondern die Masse, die im Banne der Deutschnationalen stand, ihren Willen durchsetzte. So wird es auch gehen, wenn die Entscheidung darüber fallen soll, welcher Kurs vom Reichskabinett einzuschlagen ist. Schon sind starke Kräfte bei der Arbeit, um das Programm der Reichsrigerung so zu verkrüppeln, daß es von den Augen der Deutschen Volkspartei Gnade findet. Kaum sind die ersten Andeutungen über das Programm der Reichsregierung gefallen, kaum sind die Schleier ein wenig gelüftet, da erhebt schon die „Kölnische Zeitung", die auf die Deutsche Volkspartei sehr großen Einfluß ausübt, ein fürchterliches Geschrei. Sie sagt, mit Wirth könne sich nunmehr die Erzbergersche Politik ausdehnen. Es beginne wieder das System des Herausschraubens der direkten Steuern bis zum Weißbluten des Betriebskapitals. Es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß das Kabniett unter dem Einfluß der Sozialdemokratie eine Politik treibe, die das Bürgertum herabdrücke auf einen Lebensstandard, der für die Gesamtheit das Vegetieren in einem Sumpf bedeute.

Man sieht, es besteht verflucht wenig Aussicht, daß in den großkapitalistischen Kreisen des Bürgertums, die von der Deutschen Volkspartei vertreten werden, der Mut der Entsagung im entscheidenden Augenblick vorhanden ist. Die kapitalistischen Kreise werden bei der moralischen Kraftprobe versagen. Der „Börsencourier" und andere Blätter predigen tauben Ohren, wenn sie von dem Skandal sprechen, daß heute dicht neben der Armut der frechste Luxus sich breit macht. Gewiß, — der „Börsencourier" hat ganz recht, es ist ein Skandal ohnegleichen, daß der Jahresaufwand für Luxus in Deutschland vielleicht genügen würde, um unsere Knechtschaft jeweils um ein Jahr abzukürzen. Gewiß ist es ein Skandal, daß die Quäker uns sagen müssen, wenn in Deutschland nicht soviel Schnaps gesoffen würde, könnte mehr für die Kinder getan werden. Die Schnapsseuche nimmt immer mehr überhand und man muß die bürgerlichen Fraktionen des Reichstages, die jetzt ganz plötzlich auf einmal eine Anfrage über die Zunahme des Alkoholismus im Reichstag eingebracht haben, fragen, was denn das verflossene bürgerliche Kabineit gegen die Schnapsseuche getan hat. Die Anfrage hätte an das alte Kabinett gerichtet werden müssen.

„Wir sind kein gutes Volk" — so rief vor einiger Zeit Dr. Heim in einer Münchener Versammlung aus. Er hat recht und die, die unter allen Umständen in Deutschland die Führer spielen wollen und Kultur, Tradition, Kinderstube, Religion und Vaterlandsliebe gepachtet haben, gehen mit dem schlechten Beispiel voran.

Neue Kämpfe in Oberschlesien.

Täglich Gefechte.

Breslau, 22. Mai. Die Polen befestigen täglich ihre Machtstellung in Oberschlesien. Trotz des sogenannten Rückzugsbefehls Korfantys liefern sie täglich **kleine Gefechte.** Obwohl Korfanty lügt, daß die Zusammenstöße durch deutsche Angriffe provoziert seien, sind ie **Polen stets die Angreifer.** Bei Krappitz wurden die polnischen Insurgenten trotz ihre rArtillerie **zurückgeschlagen und mußten schwere Geschütze, Maschinengewehre und zahlreiche Handgranaten im Stich lassen.** Auch bei Costau stießen sie auf tapferen Widerstand des deutschen Selbstschutzes und verloren dort 25 Tote, 6 Gefangene und ein französisches Maschinengewehr. Die Gefangenen sagen aus, daß sie im Lager Krotoschin (früher Provinz Posen) **von einem französischen Major ausgebildet** wurden und von dort erst am 16. Mai abtransportiert worden seien. Auch aus dem südlichen Teil Oberschlesiens aus der Gegend von Loslau wird das **Eintreffen polnischen Militärs in erheblicher Stärke** gemeldet. Die Polen fühlen sich nun stark genug, zum **Hauptstoß auf Kattowitz,** das als Eisenbahnknotenpunkt für sie wichtig ist. Durch Abschneidung von Wasser und elektrischer Energie hoffen sie, die Uebergabe von Kattowitz zu erreichen, die ihnen bisher weder durch Gewalt noch Verhandlungen gelang. Von Gegenmaßnahmen der Franzosen ist hier wie anderwärts nichts bekannt geworden, während die Italiener neuerdings den Schutz der Donnersmarckhütte übernommen haben.

Pläne der Aufständischen gegen Kattowitz.

TU. Oppeln, 22. Mai. Die Aufständischen bezwecken durch das bereits gemeldete radikale Vorgehen gegen Kattowitz — Sperrung der Wasser- und Gasversorgung — zugleich mit dieser Stadt das Netz der Eisenbahndirektion und ihre Verkehrsmittel in die Hand zu bekommen. Die politische Lage scheint es den Rädelsführern ratsam erscheinen zu lassen, schnell zu handeln, damit sie etwa anrückenden Entsetzungstruppen gegenüber einen möglichst großen polnischen Block zur Verfügung haben. Die Frage der Stunde ist, was die Interalliierte Kommission und ihre Truppen in den Städten zu diesem Vorgehen, das natürlich auch sie in die schwerste Zwangslage versetzt, sagen oder tun werden.

Rückeroberung des Annabergs.

TU. Berlin, 23. Mai. Nachdem am Sonnabend in Loslau wieder ein Durchzug regulärer polnischer Truppen festgestellt worden war und die Polen begonnen hatten, eine Eisenbahn von Loslau bis zur Grenze zu legen, einigten sich am Sonntag leitende Kreise der Ententestellen und des deutschen Selbstschutzes zu einem gemeinsamen Säuberungsplan. Die Leitung übernahm der englische Major Keating. In einem umfassenden Vorstoß von Krappitz und Cosel wurde von diesen Streitkräften der Annaberg, im Kreise Cosel mit über 400 Metern der höchste Punkt in Oberschlesien, genommen Der Annaberg ist von den Polen drei Wochen besetzt gewesen und war mit Artillerie gespickt. Er beherrscht das Land weit hinaus und ist entscheidend für mehrere wichtige Eisenbahnlinien. Die Polen wurden vollkommen geworfen und verloren drei Geschütze. Gleichzeitig wurde im Nordosten des Annaberges der strategische Punkt Großstein genommen.

Die deutsche Waffenlosigkeit in Oberschlesien.

TU. London, 22. Mai. Der Korrespondent des „Manchester Gurdian" berichtet seinem Blatte aus Oberschlesien, daß die deutschen Freiwilligen viel zu schwach an Zahl und viel zu schlecht bewaffnet seien, um den Aufrührern erfolgreich begegnen zu können. Der Aufruhr wäre längst unterdrückt worden, wenn Deutschland die prodeutsche Bewegung in Oberschelsien ebenso unterstützt hätte, wie die Polen den Insurgenten geholfen haben.

Polnische Kriegsdrohungen.

Basel, 22. Mai. „Chicago Tribune" meldet aus Warschau: Die polnische Staatsregierung erklärt, daß der Einmarsch deutscher Reichswehr in Oberschlesien für Polen Kriegsfall bedeute. Fünf Jahrgänge der polnischen Heeresreserve bleiben neben der aktiven Armee in erhöhter Bereitstellung.

Schwere Kämpfe bei Krappitz und Annaberg.

Krappitz, 23. Mai. Die Lage im Abschnitt Krappitz ist für die Deutschen seit dem gestrigen großen Angriff auf Annaberg, den stärksten Stützpunkt der Polen, günstiger geworden. Die Stadt Neustadt ist von den Freiwilligen mit stürmender Hand ohne Artillerie genommen worden. Erbeutet wurden fünf polnische Kanonen und 20 Maschinengewehre. Die Verluste sind beträchtlich, jedoch betragen die polnischen Verluste ungefähr das vierfache. Der englische Polizeihauptmann in Krappitz sah verschiedene grausige Fälle. Auch Dum-Dum-Geschosse wurden wieder von den Polen verwandt. Der englische Polizeihauptmann hat hierüber nach Polen berichtet.

Besorgnis um Kattowitz.

TU. Berlin, 23. Mai. (Lokalanzeiger.) Die Verbindung mit den von den Polen besetzten Städten Oberschlesiens war auch am gestrigen Sonntag nicht herzustellen. Die Besorgnis über das Schicksal von Kattowitz dauert fort. Auch die übrigen oberschlesischen Industriestädte befinden sich nach wie vor in bedrängtester Lage. Jenseits der Grenze bei Kreuzburg und Rosenberg werden starke Truppenkonzentrationen festgestellt, teilweise haben auch polnische Truppen die Grenze überschritten. Nach schweren Kämpfen in der Gegend von Rosenberg wurden die Aufständischen gezwungen, Alt-Rosenberg, Albrechtsdorf und Lowoschau zu räumen. Bei Gogolin im Kreise Groß-Strelitz blieb ein Angriff der Insurgenten erfolglos. In der Nähe von Gogolin wurden grauenhaft zugerichtete Leichen deutscher Apo-Beamten aufgefunden.

(Weitere Meldungen auf der zweiten Seite.)

Gerade die Kreise des Bürgertums, von denen die schwere Stunde schwere Opfer fordert, werden sich der moralischen Kraftprobe nicht gewachsen zeigen. Wir haben keine Hoffnung. Der Klasseninstinkt, der rechts viel stärker ist als links, wird das Feld beherrschen. Und so wird es zu einer politischen Kraftprobe allerersten Ranges kommen, wenn heute der Kurs der Reichsregierung endgültig festgelegt werden soll. Da die Unabhängige Sozialdemokratie auch in diesen entscheidungsvollen Tagen nicht aus ihrer bequemen Stellung heraus will, läuft das Proletariat abermals Gefahr, um den ihm gebührenden Einfluß in der Politik des Reiches geprellt zu werden. Die Sozialdemokratie steht wieder einmal in einer Stunde, wo es sich darum handelt, vom Proletariat die schwersten Gefahren abzuwenden, allein dem Feind gegenüber.

Die Freikorps für Oberschlesien.

Französische Wünsche.

TU. Genf 23. Mai. Die französische Regierung soll, nach der Versicherung ihrer Presse ihre letzte Denkschrift mit besonders eindringlichen Berichten ihrer militärischen Kommissare in Deutschland unterstützt haben, um zu beweisen, daß in ganz Deutschland, und nicht zuletzt in Bayern, Freiwilligenbataillone zusammengestellt und nach Oberschlesien verschickt werden. Man bestreitet keineswegs den ehrlichen Willen der neuen Reichsregierung, eine derartige Mobilmachung zu verhindern, aber man traut ihr nicht das Ansehen zu, diese Absicht durchzusetzen. Man würde vielleicht sogar in Paris ganz glücklich sein, wenn ein Uebergriff von deutscher Seite die französischen Absichten begünstige, um die Aufmerksamkeit von den polnischen Uebergriffen abzulenken

Deutsche Antwort.

Berlin, 23. Mai. In der Antwort des Auswärtigen Amtes auf die Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 14. Mai heißt es:

Die deutsche Regierung teilt vollkommen die Auffassung, daß die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien und die Bildung von Freikorps oder ähnlichen Formationen aus solchen unzulässig ist. Weiter wird in der Antwort auf die von deutscher Seite bereits getroffenen Maßnahmen gegen die Bildung von Freikorps hingewiesen, sowie auf die Strafe, die das deutsche Strafgesetzbuch gegen die unbefugte Bildung bewaffneter Haufen androht. Die Polizei und die Gerichtsbehörden sind angewiesen, von diesen Bestimmungen des Strafgesetzbuches unnachsichtlich Gebrauch zu machen und zwar namentlich auch gegen Zeitungen, in denen Werbeinserate erscheinen.

Engländer und Italiener hoffen auf die deutschen Freikorps.

TU. Berlin, 23. Mai. Der „Berliner Lokalanzeiger" berichtet aus Krappitz: Die Engländer und Italiener erwarten die Rettung Oberschlesiens von den deutschen Freikorps. Die Bevölkerung ist infolge des Berliner Erlasses in Panik geraten, doch die Freikorps werden sich nicht entwaffnen lassen. Großes Mißtrauen herrscht gegen die Apobeamten, obwohl die meisten Mitglieder hier Deutsche sind. Das Verhältnis der Freikorps zur Apo ist mehr als kühl. Das Verlangen der Franzosen auf Entwaffnung der Freikorps ist von den Engländern und Italienern schroff abgelehnt worden. Große Begeisterung herrscht bei den täglich zuströmenden Freiwilligen, aber der Zustrom ist lange noch nicht stark genug.

Die Reichsregierung zur Lage in Oberschlesien.

Berlin, 21. Mai. Das Reichskabinett beschäftigte sich in den Sonnabend-Nachmittagstunden mit der augenblicklichen Situation und insbesondere mit den Verhältnissen in Oberschlesien und der Haltung der Entente-Staaten bezüglich der oberschlesischen Frage. Die Sitzung ergab keinen endgültigen Beschluß und wird aller Wahrscheinlichkeit am heutigen Montag fortgesetzt werden. Im Reichskabinett herrscht Uebereinstimmung darüber, daß alles getan werden muß, um das Los der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien zu erleichtern, daß aber im Augenblick kein bewaffnetes Eingreifen, wie es im inneren Deutschland gebildete Selbstschutzorganisationen vorhaben, hier am Platze ist. Demgemäß wird die Reichsregierung mit den schärfsten Mitteln gegen illegale Organisationen, die nur die Schritte der deutschen Diplomatie erschweren können, vorgehen.

Frankreich und die Konferenz von Boulogne.

TU. Genf, 23. Mai. Die Pariser Offiziösen kündigen an, daß die von Lloyd George vorgeschlagene Begegnung Ende dieser Woche in Boulogne stattfinden soll. Sie machen jedoch gleichzeitig mehrere Vorbehalte. Die Begegnung soll nicht den Charakter einer Vorbesprechung zwischen Lloyd George, Briand und dem Grafen Sforza haben. Es soll eine Tagung des Obersten Rates einberufen werden, an der außer dem Vertreter Japans auch der Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Harvey, teilnehmen soll. Die französische Regierung erhebt keinen Widerspruch dagegen, daß die oberschlesische Frage, deren Lösung sie in London verhindert hat, den Gegenstand der neuen Konferenz von Boulogne bilde. Sie lehnte es ab, die von Lloyd George geforderte Voraussetzung zu erfüllen, nämlich durch einen unzweideutigen Druck auf die polnische Regierung den Rückzug Korfantys und seiner Truppen aus Oberschlesien zu erzwingen In der vorgestrigen Antwort auf die letzten Vorstellungen Lord Curzons ist Herr Briand einer bestimmten Verpflichtung gegenüber Polen ausgewichen, durch einen wiederholten Vorschlag von militärischen Maßnahmen gegen die angeblich von Deutschland drohende militärische Invasion. Die Engländer haben ihrerseits die Verstärkung ihrer Truppen in Oberschlesien nicht abgelehnt, aber sie wollen die zur Durchführung der Sanktionen nach dem Rheinlande abgeschickten Bataillone nur nach Oberschlesien schicken, wenn Frankreich seinerseits alle seine Verstärkungen aus der Ruhrgegend zurückzieht.

Einladung an Belgien zur Konferenz.

TU. Brüssel, 23. Mai. Belgien wurde, wie der „Soir" schreibt, eingeladen, sich an der neuen Konferenz in Boulogne zu beteiligen.

Eine scharfe englische Note an Frankreich.

Paris, 20. Mai Lord Curzon überreichte gestern dem französischen Botschafter in London die Antwortnote auf die Note Briands vom 14. Mai. In dieser Note hatte Briand das Foreign Office vor den angeblich tendenziösen Zeitungsberichten aus Oberschlesien gewarnt. Lord Curzon erklärt nun, daß aber merkwürdigerweise gerade die angeblich tendenziös entstellten Berichte sich völlig mit den Nachrichten decken, die die offiziellen Vertreter absenden. Die Note Lord Curzons enthält ausführliche Darstellungen der englischen Auffassung in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht.

Nach einer WTB.-Meldung berichtet über die gestrige Botschafterkonferenz „Echo de Paris", daß Jules Cambon erklärte, die Botschfterkonferenz werde sich künftig nicht mehr mit der oberschlesischen Frage beschäftigen, da die alliierten Regierungen sie von dieser Aufgabe entbunden haben und nunmehr die Lösung der Frage selbst in die Hand nehmen wollen.

Eine neue französische Note an England wegen Oberschlesien.

TU. Berlin, 23. Mai. Nach der „Berliner Montagspost" hat der französische Botschafter in London dem britischen Auswärtigen Amte eine Note über Oberschlesien überreicht, in der kurz darauf hingewiesen wird, daß die Lage in Oberschlesien sich angesichts der Haltung der deutschen Korps verschlechtern könnte. Die Note schlägt vor: der englische Botschafter in Berlin möge einen Schritt des französischen Botschafters unterstützen, um im Interesse der Alliierten bei der deutschen Regierung vorstellig zu werden, damit sie die angekündigten Maßnahmen ausführt.

Ablauf der zweiten Frist.

TU. Berlin, den 23. Mai. Mit dem gestrigen Sonntag war die zweite Frist abgelaufen, welche der deutschen Regierung von der interalliierten Militärkontrollkommission zur Ausführung des Ultimatums gesetzt worden war. Die Kommission hatte verlangt, daß jede Beförderung von Waffen und anderem Heeresmaterial verboten sein soll, falls sie nicht vorher von der Kommission genehmigt worden ist. Die zu diesem Zweck gegebenen Befehle sollten der Kommission vor dem 23. Mai mitgeteilt werden. Sie sollten auch auf das Material Anwendung finden, welches sich aus irgend einem Grunde im Besitze der Reichstreuhand-Gesellschaft befindet. Das Reichswehrministerium hat einen diesen Forderungen entsprechenden Befehl am 19. Mai erlassen. Die erforderlichen Anweisungen an die Reichs-Treuhandgesellschaft sind vom Reichschatzministerium am 21. Mai getroffen. Die beiden Anordnungen sind am 21. Mai zur Kenntnis der interalliierten Militärkontrollkommission gebracht worden.

Wenn die große russische Herrschaft kommt.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder der Zusammenschluß Westeuropas, oder die Herrschaft Rußlands.

Vernichtet Ihr das Deutsche Reich, so macht Ihr das deutsche Volk zum Organisator des kommenden Weltkrieges.

Wenn Ihr das Reich vernichtet, weckt Ihr im deutschen Volke ein Revanchegefühl von einer Intensität, wie es die Welt nie gesehen hat. Und Ihr treibt damit das deutsche Volk in die Arme Rußlands.

Wenn Ihr das Deutsche Reich vernichtet, macht Ihr die Errichtung eines russischen Weltreichs zur Bedingung der Wiedergeburt Deutschlands.

Solche Warnungen richtet Genosse Parvus im neuesten Heft der „Glocke" an die „französischen Deutschenhasser". Parvus, der Rußland genau kennt, weist bereits seit langem darauf hin, daß die imperialistische Entwicklung des einstigen Zarenreichs, unbekümmert um die bolschewistische Episode, ihre Fortsetzung bald finden wird, ja, daß solche neue Blüte des russischen Imperialismus bereits in der besten Entfaltung ist. Wenn nun dieses neue kommende Rußland seine große Armee und seine große Industrie sich über Europa wird stürzen lassen, wenn es, die zaristische Tradition fortsetzend, sein Reich bis an die atlantische Küste und bis an das Mittelmeer wird ausdehnen wollen, muß es, wenn Europa nicht vernichtet werden soll, starken und geeinten Widerstand finden. Darum eben sollten die französischen Chauvinisten sich noch rechtzeitig besinnen, damit nicht eintritt, was Parvus bei Fortsetzung der Sanktionspolitik kommen sieht: „Gepreßt durch die wirtschaftliche Not, angepeitscht vom Wunsch, sich der fremden Unterjochung zu entziehen, werden die deutschen Techniker, Gelerhten, Kaufleute. Arbeiter in Massen nach dem benachbarten Rußland ziehen, daß ihnen die größten Möglichkeiten des sozialen Emporkommens gewährt. Und die Deutschen werden sich mit Begeisterung der Förderung der russischen Industrie wie des russischen Armeewesens widmen, weil sie darin die einzige Gewähr für den eigenen Wiederaufbau sehen werden."

Krassin über die auswärtigen Handelsbeziehungen.

Riga, 23. Mai. Die „Prawda" veröffentlicht den vollständigen Text der Rede, die Krassin im Obersten Wirtschaftsrat gehalten hat. Danach erklärte Krassin, daß die Arbeit der russischen Handelsvertretungen im Auslande nun nicht mehr erschwert werde und daß auch die letzten Reste der Wirtschaftsblockierung Rußlands gefallen seien. Für die Einfuhr bestünden keine Einschränkungen mehr. So hänge die Entwicklung des russischen Warenverkehrs von der Möglichkeit einer großen Ausfuhr ab. Demgegenüber äußerte sich Krassin pessimistisch. Wohl könne Rußland Holz und Naphta ausführen, doch Flachs, Hanf und Borsten usw. nur in geringen Mengen. Eine Weiterentwicklung hänge vollkommen von den ausländischen Kreditgewährungen ab. Blieben solche aus, so sei es einfach unmöglich, zu arbeiten. Krassin bezeichnete einen Kredit von 300 Millionen Gold als notwendig. Er hofft, daß der Wunsch, die allgemeine Arbeitslosigkeit von der Welt abzuwenden, die Alliierten bewegen wird, Rußland diesen Kredit zu gewähren. In diesem Falle wäre, seiner Versicherung nach, die Sowjetregierung bereit, die Frage der Anerkennung der Vorkriegsschuld gegenüber Frankreich auf einer besonderen Friedenskonferenz zu erörtern, doch könne an eine Tilgung dieser Schuld erst in sechs Jahren gedacht werden.

Schwere Urteile gegen Kommunisten.

TU. Magdeburg, 22. Mai. Gestern abend wurde unter allgemeiner Spannung das Urteil in dem Prozeß gegen die Sprengstoffräuber von Westeregeln gefällt. Der Hauptangeklagte Breuer wurde wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit schwerem Raub zu sechs Jahren Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Wegen gleichen Verbrechens erhielten vier Angeklagte $1\frac{1}{2}$ bezw. $1\frac{1}{4}$ Jahre Zuchthaus. 18 Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von fünf Monaten bis zu $1\frac{1}{4}$ Jahren verurteilt. Der Angeklagte Karl Reimann erhielt wegen Beihilfe zum Begehen hochverräterischer Handlungen ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, ferner Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre. Freigesprochen wurden vier Angeklagte. Sieben Verurteilten wurde Strafaufschub auf die Dauer von drei Jahren mit Aussicht auf spätere Begnadigung gewährt.

Verhaftung jugendlicher ausländischer Kommunisten.

Dresden, 22. Mai. Laut einer Meldung des kommunistischen Volksblattes wurden hier anläßlich der internationalen Kundgebung der kommunistischen Jugend Deutschlands 43 ausländische jugendliche Kommunisten verhaftet. Das Exekutivkomitee der Jugendinternationale hat an die sächsische Regierung ein Telegramm gerichtet, das die Freilassung der Verhafteten fordert.

Aus dem Reichswasserstraßenvertrag.

Berlin, 22. Mai. Der Münchener Vertreter der „Täglichen Rundschau" ist in der Lage, die wichtigsten Einzelheiten aus dem Staatsvertrag über die Verreichlichung der Wasserstraßen mitzuteilen. Die wichtigsten Punkte des Vertrages lauten: Am 1. April 1921 gehen die Wasserstraßen auf das Reich über. Der Uebergang erfolgt mit allen Bestandteilen. Jedoch verbleiben die von den Ländern bereits erbauten oder im Bau begriffenen Kraftwerke Eigentum der Länder. Besondere Rechte Dritter an den Wasserkräften bleiben unberührt. Als Abfindung zahlt das Reich 30 von Hundert des Anlagekapitals, das die Gesamtheit der deutschen Länder für die ausgeführten Wasserstraßen bis zum 31. März 1921 seit hundert Jahren angewendet hat. Die Abfindung erfolgt, soweit nicht eine Schuldenübernahme stattfindet, durch Zahlung einer vier von Hundert Rente vom 1. April 1921 ab. Die an die Länder zu zahlende Abfindung ist frei von Steuern und Abgaben des Reichs. Vom 1. April 1921 fallen alle Einnahmen dem Reiche zu und werden alle Ausgaben vom Reiche bestritten. Es sind neben einer dem Verkehrsminister untergeordneten Wasserstraßenzentrale in Berlin über das Reich 14 Direktionen verteilt. Das Personal wird in die Reichsbehörden übernommen und nach den Sätzen der Reichsbesoldungsordnung besoldet.

Deutsches Recht.

Einem Vertreter der „Vossischen Zeitung" erklärte der Oberreichsanwalt in Leipzig auf das bestimmteste, daß von einer Amnestie Jagows keine Rede sein könne und daß die Untersuchung gegen denselben ihren Fortgang nähme. Gegenwärtig befänden sich die Akten beim Untersuchungsrichter. Allerdings sei Jagow gegen eine Kaution von 500 000 Mark auf freiem Fuß belassen worden, aber deswegen, weil er gesundheitlich stark angegriffen sei. Ueber den Aufenthalt Jagows erklärt der Oberreichsanwalt nicht informiert zu sein. (!) — Man vergleiche also: Die Teilnehmer am mitteldeutschen Aufstand fliegen nach wenigen Wochen bereits auf lange Jahre oder sogar lebenslänglich ins Zuchthaus und der Innenminister des Hochverräters Kapp ist nach fünfviertel Jahren erst soweit unter Verfolgung, daß sich die Akten beim Untersuchungsrichter befinden.

Die Waffe der Waffenlosigkeit.

Dem neu aufgelegten Baltikumrummel, der die brutalen Gewaltaten der polnischen Insurgenten benutzen will, um einen „Freiheitskrieg" zu inszenieren, tritt der Genosse Hermann Wendel im neuen Heft der „Glocke" mit durchschlagenden Argumenten entgegen: „In Wahrheit wäre der Versuch, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen und einen kleinen, lustigen Krieg gegen Polen mit in Kauf zu nehmen, nicht nur das gefährlichste, sondern auch das törichste Spiel, denn einmal sind 100 000 Mann hier und 600 000 Mann dort ein etwas ungleicher Einsatz und zum zweiten lieferte solch tolldreistes Vorgehen gerade den polnischen und französischen Imperialisten Wasser auf die Mühlen. Daß die neue deutsche Regierung das Ultimatum annahm, war die erste große Schlappe der französischen Vernichtungspolitiker; daß sie, vor allem durch das Schwergewicht der in ihre vertretenen Sozialdemokratie, den deutschnationalen Desperados nicht die Freude macht, auch für ihren Teil Blut und Brand in Oberschlesien zu entfesseln, wird die zweite Niederlage derer sein, denen ein vernichtetes Deutschland als Vorbedingung für die Ruhe Europas erscheint. Bereits zeigt sich die Wirkung in der Haltung Lloyd Georges, der freilich nicht um unserer schönen Augen willen für „fair play" eintritt, sondern weil er den ausschweifenden Machtwahn der Pariser Politik schon lange nicht mehr mit den britischen Interessen vereinbar findet. Wenn aber die deutsche Regierung weiter an ihre wichtigste Waffe, die Waffenlosigkeit apelliert, das Recht gegen die Macht anruft und es der Entente überläßt, durch moralischen oder materiellen Druck die polnischen Heldentaten zum

stoppen, dann kann Korfantys Abenteuer der Beginn eines neuen Abschnittes der Völkerbeziehungen werden, in dem schließlich doch die Hand des Rechts statt des Rechts der Faust die europäischen Streitfragen schlichtet.

Die Folgen des Kommunistenaufruhrs.

Berlin, 21. Mai. Die oppositionelle „Zelle" innerhalb der V. K. P. D. verschickt an den kommunistischen Anhang ein umfangreiches Material über die Zustände innerhalb der Partei und über die Folgen der März-Aktion. Zunächst wird die Behauptung der kommunistischen Parteizentrale, daß der Putsch im März zur Kräftigung der Partei gedient habe, zurückgewiesen. Zur Begründung dieser Behauptung werden Tatsachen über den Stand der kommunistischen Parteiorganisation im Reiche angeführt. Unter anderm wird über Berlin gesagt, daß von den 35 000 Mitgliedern, die vor der Märzaktion innerhalb der kommunistischen Partei organisiert waren, nach dem Putsch im März nur noch 20 000 Mitgliedr eingeschrieben waren. Aus Hamburg wird folgendes berichtet: 500 Funktionäre gemaßregelt, Gewerkschaftsarbeit fast völlig lahmgelgt, ein großer Teil der Mitglieder verweigert die Beitragszahlung. Außer weiteren Angaben über den Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung im Reich widerlegt das Material, das hauptsächlich von Dr. Levi bearbeitet zu sein scheint, noch die Hörsing-Legende. Die Märzaktion war beschlossen, so heißt es, ehe irgend etwas von den Vorgängen in Mitteldeutschland bekannt war. Eingehend schildert Levi, wie sich der Zentralausschuß am 7. März mit der Putschtaktik auf Veranlassung eines Agenten der Moskauer Exekutive beschäftigte, noch bevor Hörsing daran dachte, gegen das Verbrechertum in Mitteldeutschland vorzugehen.

Zum Schluß wird in dem Material noch auf die Einleitung der Aktion in Deutschland hingewiesen. Einwandfrei geht aus diesen Tatsachen hervor, daß der **Märzputsch der deutschen Kommunisten auf Veranlassung der Moskauer Exekutive** von statten ging. Dr. Geyer hat in Moskau dringend vor den falschen Angaben jenes Agenten über Deutschland gewarnt. Die Exekutive beauftragte trotzdem den Agenten, nach Deutschland zu reisen, um hier seinen Auftrag zur Ausführung zu bringen.

Kleine politische Nachrichten.

Heute begeht der Staatsminister a. D. und Wirkliche Geheime Justizrat Dr. Peter Spahn, M. d. R., seinen 75. Geburtstag.

Freistaat Lübeck.

Montag, 23. Mai.

Zwei Wünsche.

Ach, zwei Wünsche möcht ich immer,
Leider immer noch vergebens,
Und doch sinds die kindisch frömmsten,
Schönsten meines ganzen Lebens!

Daß ich alle, alle Menschen
Könnt mit gleicher Lieb umfassen —
Und daß einige ich von ihnen
Morgen dürfte hängen lassen.

A. Glasbrenner.

Auf die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am Dienstag stattfindet, sei nochmals hingewiesen. Nach dem Referat des Genossen Lauschmann über „Arbeit und Sport" gelangen wichtige politische Vorgänge der letzten Tage zur Besprechung. Ein zahlreicher Besuch wird erwartet. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

An die Gewerkschaftsvorstände. Wir bitten nochmals dringend, uns umgehend Namen und Adressen der Delegierten des Ortsausschusses zu übermitteln. Das Gewerkschaftssekretariat.

Achtung, Jungsozialisten und Arbeiter-Jugend. Der Stenographie-Kursus findet am Dienstag, dem 24. Mai, statt. Alle Teilnehmer haben sich um 8 Uhr abends pünktlich im Gewerkschaftshaus einzufinden. Zu dem Unterricht hat jeder Teilnehmer ein Lehrbuch der vereinfachten deutschen Stenographie, Schreibheft und Schreibmaterial mitzubringen. Der Arbeitsausschuß.

Ein Tarifvertrag für die Schnitter Mecklenburgs ist Sonnabend zum Abschluß gekommen und von dem Landesverband Mecklenburgischer Landwirte, vom Deutschen Landarbeiterverband und vom Zentralverband der Landarbeiter unterzeichnet worden. Er sieht einen Barlohn von 1,40 Mk. für die Stunde und außerdem eine Deputatleistung pro Arbeitstag von 6,65 Mk. vor.

Die politischen Parteien und der Pazifismus. Ueber dieses Thema sprach in der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft Prof. Dr. Opet aus Kiel. Nach einem uns zugesandten Bericht führte der Redner aus, daß erst während des Weltkrieges in Deutschland das Interesse am Pazifismus wach geworden sei; bis dahin habe die deutsche Regierung, wie ihr Verhalten bei den Haager Konferenzen erkennen ließ, pazifistischen Bestrebungen abgeneigt gegenüber gestanden. Von den großen Parteien ständen kraft ihrer demokratischen Weltanschauung die beiden sozialistischen und die demokratische auf dem Boden des Pazifismus. Die Anerkennung aller einzelnen als gleichberechtigte Staatsbürger führe auch zur Anerkennung aller Staaten als gleichberechtigte Glieder eines durch ein Weltparlament zusammengefaßten Völkerbundes, dem der heutige Völkerbund nicht entspräche. Auch das Zentrum sei von seiner religiösen Grundlage aus pazifistisch. In der neueren Zeit hätten sich Päpste und große katholische Kirchenfürsten um die friedliche Erledigung staatlicher Streitigkeiten bemüht. Antipazifistisch sei wegen des unglücklichen Kriegsausganges und wegen der erzieherischen Bedeutung des Krieges und auf Grund ihrer alldeutschen Weltauffassung die deutschnationale Volkspartei; sie unterscheide sich darin von ihrer Vorgängerin, der alten konservativen Partei, die in der heiligen Allianz der Monarchie ursprünglich ein Mittel der Kriegsverhinderung erblickt habe. Auch die kommunistische Partei sei antipazifistisch. Diese Organisationen seien mit allen Mitteln, auch durch Krieg, zu bekämpfen. (? Red.) Die Deutsche Volkspartei habe in ihrer Stellung zum Pazifismus geschwankt, ihre Weltanschauung führe zum Pazifismus. Gründe der Zweckmäßigkeit hätten sie mitunter auf die andere Seite geführt. Diese Auffassung von der Friedensliebe der Deutschen Volkspartei ist grundfalsch. Mit dem Munde ist sie allerdings die unschuldigste Partei der Welt, in der Praxis sind die schwerindustriellen Kriegslieferanten die Tonangebenden. Gründe der „Zweckmäßigkeit" lassen diese Königsmacher nur friedlich schillern. Red.) Pazifismus sei also im wesentlichen nicht Partei-, sondern Menschheitssache. Jeder der nicht einer ganz extremen Partei angehöre, könne innerhalb seiner Partei dem Pazifismus dienen.

Ein Dampfertransport von Eutin nach Lübeck. Am Sonnabend gestaltete, wie der Anz. für das Fürstentum Lübeck schreibt sich der Transport des etwa 33 Jahre lang den Kellersee durchkreuzten Dampfers „Carl Maria von Weber" nach Lübeck zu einem seltenen, interessanen Schauspiel. Die Firma Joachim Barbe, Lübeck, hatte den Transport übernommen. Der etwa 15000 Pfund schwere sogenannte Kesselwagen und das sonstige Material war schon vor kurzem nach Eutin geschafft. Die Verladung auf den Kesselwagen ging glatt von statten. Nachdem noch eine photographische Aufnahme gemacht und der bereitstehende Tank vorgespannt, ging es unter Beisein einer großen Menschenmenge von dannen. Im „Stutkoppelsberg" stockte der Transport infolge einer ziemlichen Einsenkung des schweren Transportes, etwa 100 000 Pfund, in die Chaussee. Erst vormittags nach Eintreffen eines Lastautos konnte die Fahrt vereint mit dem Tank weiter gehen. Gegen 1 Uhr traf der Transport in Eutin ein, nachdem nicht ohne Gefahr die Fissaubrücke passiert war. Auf der Eisenbahnbrücke im Weberham stieß der Transport auf weitere Schwierigkeiten, da sich herausstellte, daß das Schiff nicht unter den über der Brücke befindlichen Telegraphendrähten durch konnte, diese mußten erst entfernt werden, und dann ging es, nachdem noch sicherheitshalber eiserne Platten auf die Brücke gelegt waren, glatt vorwärts.

Wie uns weiter berichtet wird, verursachten die Brücken bei Schwartau noch erhebliche Verzögerungen. Die Brücke bei Geertz' Hotel mußte vom Wasser aus abgesteift und oben mit Bohlen belegt werden. Die bei Trems wurde mit Eisenplatten belegt. Heute Montag mittag gegen 12 Uhr wurde das Schiff beim 40-Tonnen-Kran auf der Wallhalbinsel wieder ins Wasser gesetzt.

Bebauungsplan für die Weberkoppel. Die gemeinnützige Baugesellschaft Weberkoppel beabsichtigt, das ihr gehörige Gelände der Weberkoppel zwischen Ratzeburger Allee und der Gärtnergasse aufzuschließen und in einer den staatlichen Siedlungen ähnlichen Weise zu bebauen. Es sollen Grundstücke von 900 bis 1200 Quadratmeter Größe ausgelegt werden; die Abfallstoffe sollen auf dem Lande verarbeitet werden. Die Baubehörde hat sich grundsätzlich mit der Besiedlung in der vorgeschlagenen Weise einverstanden erklärt, wenn durch ausreichende Weiträumigkeit in der Bebauung und besondere durch die Betriebsbehörde festzusetzende Maßnahmen gewährleistet wird, daß eine Verunreinigung des Grundwassers und der Wakenitz nicht eintritt. Die Baubehörde hat auch dem von dem Architekten Siebert vorgelegten Bebauungsplan, der sich in den Gesamtbebauungsplan für die angrenzenden Gebiete, insbesondere für die staatliche Siedelung an der Gärtnergasse, gut einordnet, zugestimmt. Einem Antrage der Baubehörde folgend, stellt der Senat den Entwurf der Baugesellschaft Weberkoppel zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Die Eisenbahnfahrpreise vom 1. Juni ab. Der Mindestpreis für eine Fahrkarte auf den Reichseisenbahnen beträgt vom 1. Juni ab in der 1. Kl. 3 Mk., in der 2. Kl. 1,70 Mk., in der 3. Kl. 1 Mk. und in der 4. Kl. 70 Pfg., für Hunde 1 Mk., 1 Kilometer kostet für die 1. Kl. 58,5 Pfg., für die 2. Kl. 32,5 Pfg., für die 3. Kl. 19,5 Pfg., für die 4. Kl. 13 Pfg., für Hunde 10 Pfg. Die Fahrpreise werden bis zu 5 Mk. auf volle 10 Pfg., von 5—10 Mark auf volle 50 Pfg. und über 10 Mk. auf ganze Mark abgerundet. Für Schnellzüge erhöht sich der Personenzugsfahrpreis um den Schnellzugszuschlag, der in der ersten Zone (bis 7,75 Km.) für 1. und 2. Kl. 8 Mk., für die 3. Kl. 4 Mk. beträgt, in der zweiten Zone (bis 150 Km.) 16 bezw. 8 Mk. und in der dritten Zone (über 150 Km.) 24 bezw. 12 Mk. Arbeiterrückfahrkarten, die jetzt auch an Beamte und Angestellte ausgegeben werden, kosten vom 1. Juni ab für Hin- und Rückfahrt den einfachen Fahrpreis 4. Kl. Schülerkarten bis 100 Km. Entfernung den halben Fahrpreis der 3. oder 4. Kl. Die Sätze für Monats- und Wochenkarten werden ebenfalls erhöht, dagegen nicht die Preise für Bahnsteigkarten (50 Pfennig) und Nachlöskarten.

Beihilfen für Seeleute. Vom Geschäftsausschuß für die Seeleutebeihilfen wird geschrieben: Die Frist für Einreichung von Anträgen auf Gewährung einer Beihilfe an die durch die Ablieferung der deutschen Handelsflotte erwerbslos gewordenen hilfsbedürftigen Seeleute und Schiffahrtsangestellten (Kontorangestellte) ist am **31. Mai 1921** abgelaufen. Seeleute und Schiffahrtsangestellte, welche Anspruch auf eine Beihilfe erheben und bisher noch keinen Antrag gestellt haben, werden aufgefordert, bis zu dem oben genannten Zeitpunkt ihren Antrag, gewissenhaft ausgefüllt, bei dem Geschäftsausschuß für die Seeleutebeihilfen Hamburg 1, Brandsende 15/17 einzureichen. Später eingehende Anträge können nur berücksichtigt werden, wenn die Verzögerung durch höhere Gewalt verursacht war oder sonst ohne Verschulden der Antragsteller eingetreten ist. Nach dem 31. Dezember ist die Geltendmachung der Anwartschaft ausgeschlossen. Die Antragsformulare sind abzufordern in den Geschäftsstellen der „dem Aktionsausschuß seemännischer Berufsverbände" angeschlossenen, seemännischen Organisationen, bei den Seemannsämtern und den paritätischen Heuerstellen aller deutschen Hafenstädte. Ist keine dieser Stellen zu erreichen, so sind sie vom Geschäftsausschuß für die Seeleutebeihilfen in Hamburg unmittelbar abzufordern.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 23. Mai: morgens 6 Uhr 19½°; mittags 12 Uhr 20° Celsius.

Stadttheater. Dienstag: „Traumspiel"; Mittwoch „Fliegender Holländer".

Ringkämpfe im Hansatheater. Am Sonnabend erwies sich Westergaard-Schmidt im Herausforderungringkampf im freien Stil wieder als Meister. Er besiegte Edelmann nach 12 Minuten und darauf Maschke nach 19 Minuten. Der Kampf Wehram—Romanoff endete unentschieden. — Resultat vom Sonntag: Stromski—Maschke (Sieger: Stromski) — Westergaardt-Schmidt —Swatow: unentschieden. Romanoff—Wildmann: unentschieden. Heute Montag findet der Herausforderungs-Boxkampf Wehram gegen Scharuchin statt. Außerdem ringen der Herkules der Tschechoslowakei Swatow gegen den Oesterreicher Wildmann und zum Schluß kommt der Entscheidungskampf Anglio gegen Westergaard—Schmidt zum Austrag.

ph. **Festgenommen** wurde in der Nacht zum 21. d. M. der Schlosser Hermann Richter, der mit zwei Komplizen in der Hüxstraße einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt hatte. Die Helfer sind geflohen und haben das Diebesgut weggeworfen. R. führte einen geladenen Revolver und Einbrecherwerkzeug bei sich. — Festgenommen wurden ein wegen gleichen Vergehens bereits vorbestrafter Steinsetzer aus Stettin wegen Handels mit Reisebrotmarken. — Festgenommen wurde eine hier wohnhafte Händlerin, die im Verdacht stand, aus einer Bodenkammer eines Hauses der St. Annenstraße diverse Kleidungsstücke gestohlen zu haben. — Festgenommen wurde ein hier wohnhafter Händler wegen Verbrechens, strafbar nach § 176/3 des R. St. G. B.

ph. **Gestohlen** wurde in Travemünde ein Fahrrad, Marke Deutschland, ein grauer Militärmantel und ein goldenes Zigarrenetui. — Von einer Koppel in Russe ist ein dreijähriger brauner Wallach mit kleiner weißer Blume vor der Stirn, gestohlen worden. 2000 Mark Belohnung sind ausgesetzt. — Aus einer Mannschaftsstube des hiesigen Reichswehrregiments sind folgende Sachen gestohlen worden: 1 grauer Mantel, 3 Waffenröcke mit roten Kragen und Aufschlägen, 5 Reithosen, eine Extramütze, 5 Paar Hosenträger, 1 Ledermantel, eine Lederhose, 1 blauer Arbeitsanzug, 1 Sommeranzug bestehend aus hellem Rock und schwarzer Hose, div. Leibwäsche, 2 Paar Zivilschuhe und anderes mehr

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Mecklenburger Orgesch auf Reisen. Von einem Leser, der vor einigen Tagen eine Reise durch Mecklenburg machte, wird uns nachfolgendes Erlebnis mitgeteilt, das ein grelles Schlaglicht auf das augenblicklich in verschiedenen Gauen Deutschlands herrschende Landsknechtswesen wirft, das im Dienste der Reaktion stehend, jeden Augenblick bereit ist, der deutschen Republik Schwierigkeiten zu machen. Als unser Leser die Station Neubukow passierte, stiegen fünf junge Leute in das Abteil, die sich zunächst ruhig verhielten. Auf der nächstfolgenden Station Jeschow stiegen noch weitere fünf solcher jungen Leute im Alter von 17 bis 22 Jahren ein. Es fand dann eine lebhafte Begrüßung mit dem zuletzt Eingestiegenen statt. Dies Spiel wiederholte sich auf jeder Station bis Wismar. Die Kleidung bestand in abgeschlissenem Militärzeug. Jeder war mit einem kräftigen Wanderstab versehen. Bald machten sich diese Landsknechte aber für die Mitreisenden recht unangenehm bemerkbar durch Gröhlen von Liedern aus den schlimmsten Zeiten Wilhelm des Letzten. Sturmtrupp Roßbach, der die Polen siegreich schlagen will, spielte in diesen Liedern die Hauptrolle. Offenbar handelte es sich hier um einen Sammeltransport von den in ganz Mecklenburg gemiedenen „Hubertus"leuten, die wahrscheinlich zu irgend einem reaktionären Unternehmen gebraucht werden sollten.

Bützow. Ein Schieber. Von dem Bahnmeister Gerts sind seit längerer Zeit Schiebungen mit Eisenbahnmaterial verübt worden. Der Bahnmeister soll mit Hilfe von Bützower Kaufleuten **Eisenbahnschienen waggonweise nach Polen verschoben haben.** Am Freitag morgen hat sich Gerts in seinem Bette erschossen. Gerts machte ein großes Haus, lebte herrlich und in Freuden und trat so auffällig auf, da man in der ganzen Stadt davon sprach.

Zarrentin. Militarismus in Reinkultur. Von einem Leser wird uns geschrieben: Unsere Pfingstwanderung führte uns durch Seedorf am Schaalsee im Lauenburgischen. Auf dem Gute dort herrschen eigenartige Zustände. Im Garten, halbversteckt, stand ein abmontiertes Flugzeug, und am Eingang zum Garten war nachstehende Bekanntmachung angeschlagen:

„Am Mittwoch, 18. d. M., abends 6¾ Uhr, findet beim hiesigen Spritzenhause eine Landwehrübung statt. Zu dieser Uebung haben sich sämtliche männlichen Einwohner des Gutes Seedorf im Alter von 16 bis 60 Jahren pünktlich einzufinden.

Seedorf, den 10. Mai 1921. Der Gutsverwalter:
Lindemann."

Nach der Meldung dieses Junkers soll der alte Drill des preußischen Militarismus dem Volke erhalten bleiben. Vielleicht befassen sich aber einmal die maßgebenden Behörden mit dieser Sache. Nach einer Entwaffnung sieht so etwas nun gerade nicht aus.

Oldenburg. Die Demokraten suchen Rechtsanschluß. Nach einer Rede des Reichsministers a. D. Koch in einer Versammlung demokratischer Vertrauensmänner über die Annahme des Ultimatums wurde eine Entschließung angenommen, in der die Gründe anerkannt werden, die einen Teil der demokratischen Abgeordneten zur Annahme des Ultimatums bestimmt haben, dagegen der Eintritt der Demokraten in das Kabinett Dr. Wirth nicht gebilligt, weil es in seiner jetzigen Zusammensetzung für die Durchführung des Ultimatums zu schwach sei. Das Kabinett Dr. Wirth sollte ehestens im Sinne einer Koalition von Stresemann bis Scheidemann erweitert werden, damit es eine größere Aktionsfähigkeit erhalte.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Elektra". Tragödie in einem Aufzug von Hofmannsthal. Musik von Richard Strauß. — „Elektra", das heißt „die Klare", ist eine Lieblingsgestalt der griechischen Sage und Dichtung. Tochter des Königs Agamemnon von Mykene und der Klytämnestra, die den vom trojanischen Krieg heimkehrenden Gatten mit Hilfe ihres Geliebten Aegisth erschlägt, spielt Elektra eine wichtige Rolle bei dem Rachewerk für den gemordeten Vater. Ist sie es doch, die den Bruder Orest der Gewalt des verbrecherischen Paares entzieht, der dann, erwachsen in die Heimat zurückgekehrt, die Untat durch Tötung der Mörder vergilt. Nach geschehener Entsühnung vermählt sich Elektra dem Pylades, dem Freund des Orest. Die drei unsterblichen Klassiker der attischen Tragödie haben, jeder in seiner Art das Schicksal der Elektra behandelt. Aeschylos, der hohe Priester religiös-nationalen Kultes, Sophokles, der Verherrlicher ethisch-moralischen Idealwesens, Euripides, der Zergliederer des Menschlich-Allzu-menschlichen, sie alle drei brachten eine „Elektra" auf die Schaubühne.

Mehr als zwei Jahrtausende hat der Elektra-Stoff alsdann in seiner klassischen Form geruht, bis ihn zu Anfang unseres Jahrhunderts der Wiener Hugo von Hofmannsthal in einer einaktigen Tragödie zu neuem Leben erweckte. Im äußeren Gang der Handlung dem klassischen Vorbild folgend, und zwar demjenigen des Sophokles, bedeutet dieses Werk dem inneren Gehalte nach eine vollkommene Neugestaltung des Elektra-Motivs. Das liegt vor allem an der psychologischen Behandlung der Titelheldin. Aus dem heroisch-leidenden und rächenden Weibe des klassischen Dramas ist bei Hofmannsthal eine krankhaft komplizierte Natur geworden, ein Raubtier „a la Salome". Das ist nun freilich nach der Meinung Vieler, die sich für besonders „modern" halten, „hoch interessant" aber, bei allen Göttern und Künsten Griechenlands, weniger schön. Nimmt man hinzu, daß diese Elektra ihren „Stimmungen" in dauernder Ekstase Ausdruck gibt, so bleibt der Eindruck trotz der, wie stets bei Hofmannsthal, prachtvoll funkelnden Sprache im wesentlichen ein mehr peinigender als erhebender.

Wenn einer berufen war, die Tragödie ton Hofmannsthal in Musik zu setzen, so war es Richard Strauß, dieser geniale Vertoner menschlicher Leidenschaften, der wenige Jahre zuvor mit seinem fabelhaften technischen Können für die der Hofmannsthalschen Elektra wesenverwandte „Salome" eine unvergleichliche musikalische Charakteristik gefunden hatte. So ist denn auch seine Elektra-Musik durchflutet von bedeutenden, oft raffiniert erdachten Motiven, welche die Gefühle und Handlungen der auftretenden Personen sinnfällig illustrieren. Eine verwiegend erhebende Wirkung vermag hier freilich auch die Musik nicht auszulösen, im Gegenteil, das Peinigende des Stofflichen wird durch die markante musikalische Ausmalung eher gehoben als gehindert.

Eine Aufführung des Hofmannsthal-Straußischen Werkes stellt an das Können der Mitwirkenden außergewöhnliche Anforderungen. Wenn unser Stadttheaterdirektor, der als szenischer Leiter zeichnete, den Pelion auf den Ossa türmte, indem er das unerhört schwierige Werk so kurze Zeit nach dem kaum minder schweren „Schatzgräber" in hervorragender Form herausbrachte, so beweist das von neuem, daß Lübeck in Herrn von Bongardt einen Bühnenleiter besitzt, der nach den höchsten Aufgaben greifenden Ehrgeiz mit starker Arbeitskraft verbindet. Neben ihm gebührt das Hauptverdienst an dem Gelingen der Aufführung der bedeutenden musikalischen Leitung durch Kapellmeister Mannstaedt, dessen Führerstab wieder wie im „Schatzgräber", ein verstärktes Orchester mit erheblich erweiterter Instrumentenzahl unterstellt war, wenn auch die vom Komponisten wohl beabsichtigte Vollbesetzung nach Lage der Dinge nicht zu erreichen war. Von den solistisch Mitwirkenden sei der als Gast des Abends, Agnes Wedekind-Klebe vom Hamburger Stadttheater zuerst genannt. Ihre gesangliche und darstellerische Wiedergabe der Elektra war eine große individuelle Leistung. Neben ihr konnten sich Ruth Molnar als Klytämnestra und Luise Friedjoff als Chrysothemis behaupten, während von den männlichen Rollen, die in diesem Frauenstück eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen, die Wiedergabe der Tenorpartie des Aegisth durch Kurt Heimberg, der Baritonpartie des Orest durch Helmut Seiler und der Baßpartie des Pflegers durch Josef Immendorf erwähnt sei.

Das Publikum, an dessen Nerven das Werk kaum geringere Anforderungen stellt, als die Aufführung an die Mitwirkenden, bereitete den Hauptmitwirkenden außergewöhnliche Ovationen.

J. R.: Steinbömer.

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg.
Druck von Friedrich Meyer & Sp., sämtlich in Lübeck.

Volkswirtschaft.

Der Stand der sozialen Baubetriebe.

Auf der Beiratssitzung des „Verbandes sozialer Baubetriebe" am 7. und 8. Mai erstattete der Vorsitzende Dr.-Ing. Wagner Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bauhüttenbewegung. Wir entnehmen seinen Ausführungen nach der Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft" folgende Darlegungen:

Insgesamt bestehen zurzeit mehr als 170 Baubetriebe mit etwa 20 000 Arbeitern. Auf jeden Betrieb entfallen im Durchschnitt etwa 120 Arbeiter. Diese Zahl ist ein Zeichen dafür, daß wir es in unserer Bewegung nicht mit Kleinbetrieben, in denen fünf oder zehn Arbeiter einen Meister ernähren, sondern mit Mittelbetrieben zu tun haben, vor denen die privatkapitalistischen Baubetriebe Schritt für Schritt weichen müssen. Gibt es doch heute schon Städte und Gemeinden in Deutschland, in denen 75 und mehr Prozent der ortsansässigen Bauarbeiter in sozialen Baubetrieben tätig sind. In den sozialen Baubetrieben arbeitet zurzeit ein Stammkapital von etwa 15 Millionen Mark. Hierzu kommt dann noch das Kreditkapital. Der VSB. hat in dem ersten Halbjahr seiner Tätigkeit mit besonderem Nachdruck auf eine Erhöhung des Stammkapitals in den Betrieben hingewirkt, um den sozialen Baubetrieben festere finanzielle Grundlagen für ihre Tätigkeit zu geben. Das Ergebnis dieser Bemühung ist die Gründung von 10 neuen Bauhütten in Deutschland. Insgesamt bestanden am 1. April 1921 rund 15 Bauhütten mit 11 Zweigstellen.

Zur Stärkung der sozialen Baubetriebe wurden in dem letzten Halbjahr 10 Bauhüttenbetriebsverbände, und zwar für die Bezirke Bayern-Nord, Bayern-Süd, Baden-Pfalz, Hessen-Nassau, Rheinland-Westfalen, Ostpreußen, Hamburg-Schleswig, Oldenburg-Bremen mit einem Stammkapital von 4,5 Millionen Mark gegründet. Dem VSB., der seinerzeit mit einem Stammkapital von 5 Millionen Mark gegründet wurde, sind inzwischen von den Gewerkschaften, insbesondere vom Deutschen Bauarbeiterverband und dem Fabrikarbeiterverband, weitere Mittel (etwa eine Million Mark) als Betriebskapital zugeflossen.

Ueber das Verhältnis der sozialen Baubetriebe zu den privatkapitalistischen Betrieben wurden folgende Mitteilungen gemacht:

Aus allen Teilen Deutschlands wurde übereinstimmend berichtet, daß die Existenz der sozialen Baubetriebe in den verschiedensten Orten zu einem wesentlichen Sturz der Baupreise geführt hat und daß die Unternehmerverbände im letzten Halbjahr ihren wirtschaftlichen Angriffskampf gegen unsere Betriebe durch Submissionsunterbietungen eingeleitet haben. In der Oeffentlichkeit werden diese Unterbietungen so ausgelegt, als ob die sozialen Baubetriebe weniger leistungsfähig wären und teurer arbeiten als das Privatkapital. In den meisten Fällen stellt sich die Unterbietung jedoch als eine planmäßige heraus, die eigens zu dem Zweck betrieben wird, die sozialen Baubetriebe am Orte aus der Konkurrenz auszuschalten. Der Beirat beschloß, die sozialen Baubetriebe zu ersuchen, jedes Submissionsergebnis dem Bauhüttenbetriebsverband zuzuführen, der seinerseits für restlose Aufklärung der Machenschaften des Privatkapitals in breitester Oeffentlichkeit zu sorgen hat. Fernerhin wurde eine straff organisierte Berichterstattung der sozialen Baubetriebe an die Bauhüttenbetriebsverbände und an den VSB. beschlossen. Dem Kampf der privaten Betriebe können die sozialen Baubetriebe heute mit der größten Ruhe entgegensehen.

Ein Kapitel zum Papierwucher.

Einen interessanten Beitrag zu der lebhaft erörterten wucherischen Verteuerung des Druckpapiers bietet der Geschäftsabschluß der Aschaffenburger Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation, der kürzlich auf der Generalversammlung zur Sprache kam. Gegen die Gesellschaft schwebt ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung, Kapitalsverschiebung, Bilanzverschleierung und Preiswucher. Unser Aschaffenburger Parteiorgan, die „Volkszeitung", hatte, unterstützt von einem Teile der bürgerlichen Presse, eine Reihe schwerster Beanstandungen an dem Abschluß veröffentlicht. Die Generalversammlungen ist über diese Angriffe mit wenigen schnoddrigen Bemerkungen hinweggeglitten. Die wesentlichen Angriffe, die die „Volkszeitung" erhoben hatte und zu deren wörtlicher Wiedergabe uns der Raum fehlt, wurde in keinem Punkte widerlegt. Infolgedessen wird die Regierung an diesem Geschäftsabschluß besonders gutes Material finden, wenn sie dem Antrag des Reichstages auf Nachprüfung der Preise durch einen Ausschuß parlamentarischer, behördlicher und industrieller Vertreter ernsthaft nachgehen will.

Der Vorwurf, daß etwa 90 bis 100 Millionen Mark an Gewinnen allein aus dem Geschäftsjahr 1920 durch geschickte Bilanzfrisur verschwunden sind, muß nach den Erklärungen der Verwaltung aufrecht erhalten werden. Nach den Leugnungsversuchen der Direktion bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß die Holzvorräte dieser Gesellschaft zu den Selbstkosten, die rund 60 Mk. pro Raummeter betragen haben, in die Bilanz eingesetzt wurden, daß dagegen der Selbstkostenkalkulation ein Holzpreis von 290 Mk. im Jahresdurchschnitt zugrunde gelegt wurde. Durch dieses Rechenkunststück verdiente die Gesellschaft an jedem verarbeiteten Raummeter Holz 230 Mk. Da rund 400 000 Raummeter verarbeitet wurden, entsteht allein dabei ein Gewinn von 92 Millionen Mark, der nirgends in Erscheinung tritt. Es kommt noch hinzu, daß die Holzvorräte, wie von der Gesellschaft zugegeben wurde, zu einem großen Teil verschwiegen worden sind, angeblich weil sie „nicht greifbar" wären. Es handelt sich hier um 160 000 Raummeter, deren größter Teil im unbesetzten Deutschland lagert und wahrscheinlich nur so lange nicht greifbar ist, als man nicht über sie disponiert. Auch in diesen Vorräten stecken also verschleierte Gewinne, deren Höhe sich nicht so genau angeben läßt, weil der Tagespreis in letzter Zeit schwankt, die aber etwa 24 Millionen betragen dürften. Wenn der Vorsitzende der Gesellschaft auf der Generalversammlung diesen Schwindel damit zu begründen versuchte, daß die Konjunktur in letzter Zeit rückgängig sei, so muß man sich doch fragen, wie bei rückgängiger Konjunktur die letzte wucherische Preiserhöhung von 20 Proz. möglich war. Bisher waren steigende Preise in der kapitalistischen Wirtschaft nur Zeichen guter Konjunktur.

Gegen den Vorstand der Aschaffenburger A.-G. für Zellstoff und Papierfabrikation spielt außerdem eine Anschuldigung der Kapitalverschiebung. Es handelt sich um 500 000 holl. Gulden, die von dem Filialwerk in Memel, also unter Umgehung einer deutschen Bank, nach Rotterdam geschickt worden sind zur Gründung bezw. Finanzierung einer „Einkaufsorganisation". Wenn die Gesellschaft dies mit der Notwendigkeit der Beschaffung ausländischer Rohstoffe begründen zu können glaubte, so bleibt doch immerhin zweifelhaft, warum der Leiter dieser Einkaufsgesellschaft ausgerechnet der Bruder des Aufsichtsratsvorsitzenden ist und warum der Betrag nicht in der sonst üblichen Weise von dem Hauptwerk Aschaffenburg aus weitergeleitet wurde.

Alles in allem: die Einzelheiten der Beschuldigungen, die wir nur kurz andeuten konnten, bleiben unbestritten. Das Schönste aber ist, daß man in der Generalversammlung behauptet hat, die Preise für Zellstoff und Papier seien immer nach den Festsetzungen der Kartelle bestimmt worden. Mit dieser „Entschuldigung" erhebt die Gesellschaft gegen die Zellstoff- und Papierfabrikantenverbände offen den Vorwurf wucherischer Preisgebarung. Denn genau so wie die Aschaffenburger haben andere Fabriken Riesengewinne eingeheimst, ohne daß es möglich gewesen wäre, die Gewinnquelle so eingehend nachzuweisen. Das alles geschah zu einer Zeit, wo es eine öffentliche Papierbewirtschaftung gab und wo behördliche Stellen für die Preisbildung mitverantwortlich gemacht werden müssen. Es wird Aufgabe des zu wählenden Ausschusses sein, nachzuprüfen, wie diese Duldung des Wuchers durch behördliche Stellen möglich gewesen ist. Vermutlich dürfte sich dabei sehr leicht herausstellen, daß die Millionen, die jetzt noch vom Reiche zur Verbilligung des Druckpapiers aufgewendet werden sollen, als Uebergewinne den Fabrikanten abgenommen werden können.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 21. Mai.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		21. Mai.	20. Mai.
Holland	100 fl.	2152.—	2165.—
Kopenhagen	100 Kr.	1090.—	1097.50
Stockholm	100 Kr.	1410.—	1422.50
Kristiania	100 Kr.	952.50	972.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	127.50	130.—
Schweiz	100 Frs.	1077.50	1077.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	15.50	15.—
Budapest	100 K.	28.25	29.—
Prag	100 K.	89.—	88.50
Spanien	100 Pesetas	810.—	827.50
London	1 £	238.75	241.25
Paris	100 Frs.	521.—	529.—
Belgien	100 Frs.	520.—	527.—
Italien	100 Lire	337.50	337.—
Bukarest	100 Lei	—.—	105.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	60.62	60.12
do. briefl. Ausz. od. Scheck		59.50	59.87

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 21. Mai 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
D.		Kanal 2	Petersen	Göteborg	1½	
	S.	Jupiter	Kollmann	Svendborg	1	
	S.	Undine	Suhr	Helsingborg	2	

Angekommen am 22. Mai 1921.

D.		Otto Ipsen	Ahrens	Stettin	4	
D.		Expreß	Davidsen	Veyle		21
D		Angermannland	Abahamser	Stockholm	2	
	S.	Jürgen	Niemann	Horsen	1	
D.		Dir. Moerk	Bösel	Kiel		9
D.		Heimdahl	Awardsen	Randers	1½	
K.		Gerda	Dreyer	Emden	1½	
	S.	Niobe	v. Luckner	Flensburg	3	

Angekommen am 23. Mai 1921.

D.		Kartonea	Viereuß	Stettin	1	
D.		Ozarden	Knaack	Oxelösung	3	
D.		Bürgerm. Eschenburg	Andersen	Wiborg	3	
D.		Trögel	Bruck	Stolpmünde		36

Für die überaus zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit sagen hiermit allen recht herzlichen Dank.
Adolf Riechert u. Frau
Vorwerk. (2188

Perfekte Stenotypistin wünscht Vakanz in größerer Firma zu besetzen. Ang. u. P S 5 an die Exp. d. Bl. (2170

Maurergesellen
stellt ein (2178
H. Wandke u. Sohn,
Maurermeister.

Gut erh. Kinderw., dunkelblau, bill. z. vk. **Boggenberg.** 2171) Moisling, Hauptstr. 104

Blockw. u. eis. Bettst. z. vk. 2167) Krähenstr. 29 pt.

Eine eiserne Pumpe zu verkaufen. (2169
Parinerstr. 35.

Z. vk. n. Konf.-D.-H. u Kind.-Hut. (2183) Schönkampst. 2a.

Gut H.-Fahrr. (Frl.) z. vk. 2181) Hartengrube 9/7.

2 Sparherde bill. zu verk. 2179) Wahmstr. 71 II.

Gut erh. Kinderwagen, Peddigrohr zu verkaufen (2172
Vorwerk, Vorwerkerstr. 15.

Dr. med. Seebohm,
24./5. nachm., keine Sprechstd. 2166)

Möbel
Eßzim., Schlafz., Küch.
Boldts Möbellager,
2173) Fischergrube 27.

Verlobungsringe 333, 585, 750, 900 gest.
Weckuhren empfiehlt
Willi Westfeling,
Uhrmacher und Juwelier.
32 Hollenstraße 32

Piel,
Warendorpstr. 41
Briketts ab Lager und frei Haus. 2187

Achtung! 2186
Unter Garantie d. Halth. w. Aluminiumböden unter alte Emailletöpfe gesetzt.
Fleischhauerstraße 80.

Metallbetten. 2168
Stahldrahtmatratz., Kinderbett., Polst. a. Federm. Kat. fr.
Eisenmöb.-Fabr. Suhl i. Th.

Hausstandslumpen,
Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten Tagespreisen (2164
Cohn,
Fackenburg. Allee 53, Keller.

Sozialdemokr. Verein Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
Dienstag, den 24. Mai 1921,
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: (2168
1. **Arbeit und Sport.**
Redner: Karl Lauschmann, Altona.
2. **Aussprache.**
3. Geschäftliche Mitteilungen.
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

D. T. V.
Vorstandssitzung
Dienstag, den 24. Mai, abends 7 Uhr,
2176) im Bureau.

Mieterschutzverein e. V. :: Lübeck
Bezirks-Versammlung
Stockelsdorf-Fackenburg
am Mittwoch, d. 25. Mai
abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn Diederichs in Fackenburg.
Tagesordnung:
1. Das Höchstmietegesetz vor dem Deutschen Reichstag.
2. Erledigung aller Vereinsangelegenheiten.
2180 **Der Vorstand.**

Eimerbier
Dienstag von 4—6 Uhr.
2182) **Hermann Stamer.**

Lübecker gemeinnütziger Bauverein e. G. m. b. H.
Ordentliche
General-Versammlung
Sonnabend, den 28. Mai abends 7 Uhr
im gelben Saale des Stadttheaters, Beckergrube
Tagesordnung:
1. Genehmigung der Jahresrechnung u. der Bilanz.
2. Wahlen zum Vorstand und zum Aufsichtsrat.
3. Verschiedenes. (2175
Die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresrechnung) sind im Geschäftszimmer, Königstraße 48b I., während der Geschäftsstunden zur Einsicht der Genossen ausgelegt.
Der Vorstand.
Charles Coleman, Julius Hahn, Rechtsanwalt Otto Schorer, Johann Körner, Jakob Miesner.

Siedlung und Kleingarten
Vierseitige Zeitung in Kupfertiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur fünfzig Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Käse-Lager,
Große Burgstraße 48. (2177
Großer Posten **Ia. Harzerkäse**
pr. Pfund Mk. 6,—.

Achtung! Nur noch diese Woche findet der Verkauf von den bekannten **Dänischen Schweinsköpfen** mit voller Fettbacke in der **Markthalle** statt. Pfund Mk. **6,50.**
Verkaufstage: **Dienstag** und **Mittwoch.** (2184

Neueste Ausgabe!
Kommentar zum Betriebsrätegesetz.
Enthaltend u. a.:
Musterarbeitsordnung u. Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums.
Von **Dr. Georg Flatow.**
Preis Mk. 12.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater
Heute sowie täglich 8 Uhr:
Das neue
Varieté-Programm.
9¼ Heute Montag 9¼
Gr. Herausforderungs-Boxkampf
10 Runden
Scharuchin gegen Wehram.
2185)
Außerdem ringen
Swatow geg. Wildmann
und
Entscheidungskampf
Anglio gegen Wesiergaard-Schmidt.

Leset die Arbeiter-Jugend
Jugend der Arbeiterschaft, raffe Dich aus Deiner Gleichgültigkeit auf, abonniere auf die Zeitschrift der Jugend!
Sie vertritt Deine Interessen,
bringt anregende Artikel aus allen Gebieten des Wissens und der Jugendbewegung, ist reich illustriert. Sie ist die größte und verbreitetste Jugendzeitschrift, erscheint zweimal monatlich, der Bezugspreis beträgt 3,— Mk. viertelj., einzeln 60 Pfg. Zu bestellen bei allen Postämtern, Parteibuchhandlungen oder direkt beim Verlag der
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.
Lindenstraße 3.

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Austrägern

Noch einige Exemplare der diesjährigen
Maifest-Zeitung
vorrätig.
Preis Mark 1,00.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Die neuen Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Stadttheater Lübeck.
Dienstag. Buchst. C u. 20. Vorst. im Schausp.-Abonn. **Traumspiele.** 7.00. Einführende Worte von Elise Deipser.
Mittwoch. Bchst. D u. 20. Vorstell. im Opern-Abonn. **Der fliegende Holländer.** 7.30. (2174

Beilage zu Nr. 117
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Montag, den 23. Mai 1921

Die Schulreform.

Von Ernst Schermer.

I. Allgemeines und Aufbau der Einheitsschule.

„Für Einheitsschule, ein Jugendheim und ähnliche Dinge bewillige ich keinen Pfennig. Sie bringen doch nichts ein!" So äußerte sich vor einigen Wochen ein Bürgerschaftsmitglied in einer Versammlung, ein Mann, dem man solchen Ausspruch nicht zugetraut hätte. Wie ist das möglich? Nun, in jeder Partei gibt es Leute, die nicht genügend Weitblick haben, um über derartige Dinge ein treffendes Urteil abgeben zu können. Wenn ein Haus ins Wanken gerät, wenn seine Grundmauern Risse aufweisen, so wird man mit der Ausbesserung nicht am Dache anfangen, sondern mit der Erneuerung von unten beginnen. Bei uns liegt nach dem verlorenen Kriege alles in Trümmern. Sollen wir da mit elendem Flickwerk beginnen oder großzügig von Gund auf, wenn auch unter Opfern, neu bauen? — Vor hundert Jahren hat die Reaktion den Neubau verhindert, alles Aufkeimende mit Gewalt erstickt. Das Volk war gut genug dazu, für die Fürsten zu bluten, um seine Zukunft wurde es von denselben Fürsten betrogen. Die Weltgeschichte wäre anders gelaufen, wenn die Wege, die damals große Männer wiesen, eingeschlagen worden wären. Das Volk war noch nicht reif. Wir büßen die Folgen. Heute reden wir immer von der Erneuerung unseres Staates, zuviel von der Gemeinschaftsidee, zu häufig vom Werden einer wahren Volksgemeinschaft. Aber wir handeln nicht, wir kommen nicht vorwärts. Wir sind zu schwerfällig, um uns für unsere Ideale voll einzusetzen. Oder fehlt uns der Glaube? — Das ist gewiß, die Jugend ist uns darin über. Es müssen wohl erst neue Menschen heranwachsen, die das in die Tat umsetzen, was wir als die Grundlage eines Volksstaates ansehen: wahre Gemeinschaft aller Volksgenossen!

Die Jugend kann trotz ihres Willens aus sich heraus dieses hohe Ziel nicht erreichen. Wir müssen ihr helfen. Es muß gehandelt werden. Reformen sind not. Aber nicht Schulreformen allein werden bessern, sondern die Schulreform muß zu einer Erziehungsreform auswachsen. Nur so kommen wir zu einer Lebensreform, ohne die der wahre Volksstaat nicht möglich ist. Die übelsten Erscheinungen im Volksleben unserer Zeit, das Schieber- und Verbrechertum, das Schwelgen und Prassen gewisser Kreise, der Schund, der sich im Theater und Kino, in Wort und Bild breit macht, und vieles andere mehr vergiften die Volksseele. Es sind Krankheitserscheinungen, vor denen wir viele Erwachsene nicht mehr bewahren können, weil sie bereits zu stark erfaßt worden sind. Aber die Jugend können wir noch retten, wenn wir gewillt sind, Opfer zu bringen. Wer hier von Sparen redet, versündigt sich an der Zukunft unseres Volkes und verkennt auch die erste Quelle alles Volkswohlstandes: sittliche Ertüchtigung.

Zur Volksgemeinschaft können wir nur kommen, wenn wir die Jugend zur Gemeinschaft erziehen, wenn in der Jugend alles Trennende fortfällt. Das will die Einheitsschule. Da gibt es keine Vorschule mehr, die nur Kinder der besseren Stände aufnimmt, keine Privatschulen, die Schüler nach oben bringt, die in den Staatsschulen wegen ihrer geringen Begabung oder Mangel an Fleiß nicht vorwärts kommen konnten. In der Einheitsschule soll allen Kindern, einerlei, woher sie kommen, die gleiche Aufstiegsmöglichkeit gegeben werden. Nach der Verfassung bleiben die Kinder vier Jahre in der Grundschule (die sechsjährige Grundschule wurde leider abgelehnt), erst dann tritt eine Scheidung ein. Unsere Oberschulbehörde will bereits nach einem Jahre eine Differenzierung eintreten lassen. Das ist Unfug und bedeutet nichts anderes als eine viel schärfere Trennung von Arm und Reich als bisher. Die Begabung ist nämlich in diesem Alter noch sehr schwer zu erkennen, entscheiden wird also fast nur die sprachliche Begabung, d. h. die Kinder aus besseren Ständen, wo nicht das Plattdeutsche gesprochen wird, werden selbstverständlich in dieser Hinsicht den übrigen voraus sein. Sie werden in besonderen Klassen weitergeführt werden und — das nennt man in Lübeck dann Einheitsschule! Ich denke aber, daß diese Angelegenheit so noch nicht geschoben wird. Die sprachlich weniger geschulten Kinder müssen gerade von den Besserentwickelten lernen, und den Kindern besserer Herkunft wird die Kenntnis des Plattdeutschen nicht schaden. Eigentlich sollte man in jenen Kreisen auf die Muttersprache, die nun einmal das Niederdeutsche ist, größeres Gewicht legen als auf die alten Sprachen, denn unser Plattdeutsch ist doch ein Stück unserer Kultur, aber das wollen manche nicht wissen. Es erscheint vornehm, seine Muttersprache zu verleugnen und sich dann recht unverständlich in einem Gelehrtendeutsch auszuquetschen, das ein Kauderwelsch von vielen Sprachen ist, aber nicht die Sprache unseres Volkes. Das ist der Erfolg unserer „höheren" Bildung!

Nach vier Jahren tritt nun die Trennung ein. Der größere Teil der Schüler bleibt in der Volksschule, die aber auch noch auszubauen ist. Der Rest geht zur Mittelschule bezw. zu einer höheren Schule über. Geklärt ist diese Frage noch nicht völlig. Nach Ansicht unserer Reformer ist es zweckmäßig, diese Auserwählten zunächst alle in die Mittelschule zu schicken, wo eine Fremdsprache auftritt und nach weiteren drei Jahren erst einen Teil auf die höhere Schule, die zur Hochschule vorbereitet. — In der größeren Stadt ist so verhältnismäßig leicht die Frage der Einheitsschule zu lösen. Viel schwieriger liegt die Sache in kleineren Orten und auf dem platten Lande. Dort wird man in größeren Dörfern wohl eine Mittelschule oder doch an der Volksschule einen Mittelschulzug einrichten, der von Kindern der Nachbardörfer besucht werden kann, während es vielleicht möglich sein wird, im nächsten Landstädtchen eine deutsche Oberschule ins Leben zu rufen. Diese neue Schulgattung wird sich wohl neben der jetzt bestehenden Oberrealschule eines großen Zuspruches erfreuen, denn hier soll nun eine fremde Sprache gelehrt werden. Deutsch soll im Mittelpunkt des ganzen Unterrichts stehen. Daneben sollen die Realien treten. — Die alten Gymnasien stehen vor dem Aussterben. Sie erzogen weltfremde Gelehrte, die im Kochtopf eines griechischen Weibes oder im Bade eines römischen Bürgers besser zu Hause waren als im deutschen Vaterlande. Es berührt geradezu lächerlich, wenn solche „Verbildete" nicht in der Lage sind, sich in unserer Heimat zurechtzufinden. Politisch sind wir noch ein junges Volk, unser Nationalbewußtsein ist leider nur gering entwickelt. Es kann nur besser werden, wenn deutsche Kultur im Mittelpunkt des Unterrichts steht, wenn wir mehr für das Leben lernen, weniger für die Schule. Die Griechen haben sich doch zu einer so hochstehenden Kultur entwickelt, weil sie eben in ihrem Volkstum aufgingen, und nicht wie unsere „Weisen" bei anderen vor ihnen lebenden Völkern alles Heil suchten. Das deutsche Volk kann es sich nicht leisten, in unserer Zeit weltfremde Menschen zu erziehen, die dank ihrer „hohen Bildung" nachher auf andere Volkskreise geringschätzig herabsehen. In Wirklichkeit ist so manches dieser Bildung nichts als „Dressur". Die neue Schule aber hat die hohe Aufgabe, ganze Menschen zu erziehen, die sich ihrer deutschen Kultur bewußt sind, aber darüber hinauswachsen und volles Verständnis für die höchsten Ziele der Menschheit haben.

Würde bei allen Kindern die Begabung in einem bestimmten Alter klar zu erkennen sein, so wäre die Frage des Aufstiegs leicht zu lösen. Aber die Frage der Begabtenauslese ist die schwierigste Aufgabe und daher nicht einfach zu lösen. Je weiter die Auswahl in ein höheres Alter hinaufgeschoben wird, um so leichter wird die Lösung sein. Um allen gerecht zu werden, wird man gezwungen sein, Uebergangsmöglichkeiten zur höheren Schule für Kinder in verschiedenem Alter zu schaffen, damit auch später sich entwickelnden Kindern die Möglichkeit des Aufstiegs gegeben wird.

Wenn hier kürzlich in einer Versammlung der Philologenverein an der neunjährigen höheren Schule festhielt, so ist meiner Meinung nach darüber im Augenblick gar kein Urteil zu fällen. Erst soll auch die höhere Schule dringende Reformen durchführen, sich umstellen, dann erst wird man klar sehen, ob diese Schule acht, neun oder zehn Jahre gebraucht. Will man aber unter allen Umständen an allem festhalten, was die höhere Schule heute bietet, so haben wir keine Ursache, uns für diese Schule einzusetzen. Sie ist bereits gerichtet von denen, die sie früher besucht haben und es im Leben zu etwas brachten. Es sind vernichtende Urteile darunter. Der schwerste Vorwurf ist der, daß sie dem Geiste des Kindes nicht angepaßt ist, daß Kinderseelen gebrochen werden durch die kalte, frostige Schulluft in düsteren Klostermauern, in denen das alte Gymnasium das Licht der Welt erblickte und hoffentlich bald sanft entschlafen wird.

Der neue Entwurf der Schlichtungsordnung.

Von A. Höpfner.

Die Versuche der Oeffentlichkeit, allgemeine Arbeitskämpfe durch gesetzmäßige Institutionen zu schlichten, gehen auf Jahrzehnte zurück. Die vor 30 Jahren ins Leben getretenen Gewerbegerichte bildeten gewissermaßen den Anfang. Waren diese berufen, die Einzelfälle, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergaben, zu entscheiden, so bemühten sich die ad hoc eingesetzten Einigungsämter in Lohnstreitigkeiten größeren Umfangs die Differenzpunkte auszugleichen. Beide Einrichtungen haben sich bewährt. Die Einigungsämter sollen nunmehr zu Schlichtungsbehörden ausgebaut werden. Es war bisher ein besonderes Ruhmesblatt der Gewerkschaften, daß sie ihre Arbeitskämpfe nach demokratischen Prinzipien selbst führten. Sie haben sich eigene Tarifinstitutionen geschaffen, Tarifämter, Schiedsgerichte und dergl., die auf Einhaltung des Tarifs achteten, und alle Differenzen, selbst größeren Umfanges selbst beilegten. Aber die irregulären Teilstreiks der letzten Jahre, nach dem Umsturz, verminderten das Ansehen dieser Schiedsorgane der einzelnen Berufe in solchem Maße, daß man in weiten Kreisen der Oeffentlichkeit nach einer Schlichtungsordnung rief, die vor allem Streiks in gemeinnützigen Betrieben unmöglich machen sollte. Der Entwurf ist nun die Quittung auf den Radikalismus jener Gruppen, die am politischen Schlagwort sich berauschten und unerfüllbare Forderungen stellten, um der urteilslosen Masse zu gefallen. — Die Elastizität der Taktik und schnelle Entschlußkraft der Gewerkschaften werden durch die vorgesehenen Zwangsschiedsgerichte bedeutend eingeschränkt. Es heißt da in § 55 z. B.:

> Ist bei einer Gesamtstreitigkeit eine Einigung zwischen den Beteiligten nicht zustande gekommen, so ist vor Anwendung von Kampfmaßnahmen die zuständige Schlichtungsstelle anzurufen. Aussperrungen und Arbeitseinstellungen dürfen nicht stattfinden, bevor die Schlichtungsstelle angerufen ist und einen Schiedsspruch gefällt hat.

Das ist eine bedeutende Erschwerung der Lohnkämpfe der organisierten Arbeiterschaft. Die Ansetzung des Eintritts in einen Streik war bisher ein wichtiges taktisches Mittel, das abhängig von Konjunktur, Stärke des Gegners, der Kraft der Organisation war. Nach diesen Bedingungen richteten sich die Forderungen, das Nachgeben in Differenzpunkten oder Beharren auf den unumstrittenen Lohnstreitpunkt. Nach dem Zwange zum Einigungsverfahren verlangt der Entwurf für gemeinnützige Betriebe eine Urabstimmung unter den von der Streitigkeit betroffenen Arbeitnehmern, die unter Kontrolle eines Gewerbeaufsichtsbeamten erfolgen soll. In dieser Urabstimmung müssen sich ⅔ der beschäftigten Arbeitnehmer (nicht alle Berufsangehörige) für die Arbeitseinstellung erklärt haben. Bei solcher Erschwerung eines Lohnkampfes ist ein Erfolg schwerlich zu erwarten. Die Gewerkschaften würden mit der Annahme solcher Bestimmungen ihre Selbständigkeit und Entschlußfähigkeit verlieren, sie würden verkalken und zu reinen Versicherungsorganen herabsinken. Das Reichsarbeitsministerium beruft sich darauf, daß die Festlegungen vorbildlich waren, die in den Streikordnungen aller großen Gewerkschaften schon seit Jahren enthalten sind. Es ist aber ein bedeutender Unterschied zwischen den aus freier Entschließung einer Arbeiterorganisation getroffenen taktischen Feststellungen für die Behandlung von Arbeitskämpfen und einer behördlichen Streikverordnung, deren Uebertretung straf- und zivilrechtlich verfolgt wird. So notwendig Sicherungen gegen plötzliche Stillegung von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sind, so notwendig die Ernte gegen Streiks gesichert werden muß, so darf anderseits das Streikrecht der Arbeiter nicht abgedrosselt werden. Eine Nothilfe ist erforderlich, daß die Heizöfen nicht erkalten, die Ernte nicht verfault; eine Ueberlegungsfrist von eini-

---

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Und dann?" fragte er, denn er fühlte sich durch den feierlichen Ton ihrer Worte beunruhigt.

„Und dann — was macht deine reiche Witwe?"

Er war verblüfft durch die plötzliche Frage und durch das Lachen, zu dem sie sich gezwungen hatte. Jetzt war er verlegen, denn das, was er ihr lachend und leichten Muts hatte mitteilen wollen, das erschien ihm jetzt beschämend zu sein.

„Die Witwe? Ach, das ist aus — und wer weiß, wozu es gut ist. Du brauchst jetzt nicht mehr eifersüchtig zu sein."

„Eifersüchtig?" fragte sie mit einem bitteren, schmerzlichen Lächeln, das ihn noch mehr verlegen machte.

„Nun ja, ich hab einmal Unglück. Was liegt mir auch an der Alten. Kaum war sie am Land, da wurde sie auch schon ganz anders. Ich glaube, sie schämte sich, daß sie sich mit mir eingelassen hatte, weil ich doch ein Greenhorn bin. Die Amerikaner sind ja so eingebildet."

„Du solltest dich lieber schämen, daß du nur wegen dem bißchen Geld einer nachläufst, die du gar nicht leiden kannst."

„O, ich bin jetzt kuriert. Ich hatte natürlich keine Ahnung von den Verhältnissen hier. Es geht schließlich jedem so."

„Hast du denn jetzt eine Stellung?"

Er lächelte verächtlich. „Ich bin drei Tage in einem Saloon gewesen, dann hab ich es hingeschmissen. Ich mach das auch nicht mehr. Hausknecht spielen und Spucknäpfe auswaschen, das kann ich auch in Deutschland."

„Aber du bist doch so tüchtig, du kommst schon durch. Wenn du nur nicht —"

Sie wollte von seinen Weibergeschichten anfangen, und sie errötete, als sie daran dachte, wie sie beide auf dem Dampfer ganz offen über solche Sachen gesprochen hatten. Sie fühlte auf einmal, daß sie das alles jetzt verletzte, daß sie eifersüchtig war.

„Sag mir das eine, Gustav," fragte sie plötzlich, und ihre Stimme klang spöttisch, obgleich ihr Herz bebte. „Wie denkst du dir das eigentlich jetzt zwischen uns beiden?"

„Zwischen uns? Du meinst, weil Richard —"

„Nun ja," fiel sie plötzlich mit ausbrechender Heftigkeit ein. „Du glaubst, du kannst jetzt nun jeden Tag hierher kommen und bist Richards bester Freund, ganz wie auf dem Schiff?"

„Aber ich verspreche dir, Martha, ich bin doch jetzt nicht mehr derselbe wie früher. Ich kann doch jetzt noch nicht wissen, was wir tun werden. Ich hab auch eine gute Stellung in Aussicht. Du bist auch zu ängstlich. Weshalb sollen wir uns jetzt Gedanken machen?"

„Ja, weshalb sollen wir uns Gedanken machen? Du machst dir keine Gedanken! Aber nun müssen wir vernünftig sein. Setz dich dort hin. Ich räume den Tisch ab."

Wittkamp hatte in diesen Tagen oft an Bender gedacht. Es kam ihm so seltsam vor, daß er von allen Menschen, die er auf dem Dampfer kennen gelernt hatte, so ganz und gar abgeschnitten war. Und jetzt, da er sein eigenes Heim hatte und mit sich und allem so zufrieden war, jetzt hätte er so gerne jemand von diesen Bekannten sein Glück gezeigt und sich an ihrem Erstaunen geweidet.

Als er jetzt heimkam und Bender sah, an dem er mit solcher Bewunderung hing, ergriff ihn eine ganz ausgelassene Freude. Er schüttelte ihm die Hand, als habe er ihn in einem Menschenalter nicht gesehen, und dann wollte er Martha umarmen, die ihre Fassung verloren hatte und kaum ihre Tränen zurückhielt. Sie wich entsetzt vor ihm zurück und konnte kein Wort hervorbringen.

„Laß sie doch in Frieden, Richard," sagte Bender. „Sie hat solche Kopfschmerzen."

Aber das veranlaßte Wittkamp erst recht, gegen seine Frau zärtlich zu werden, und sie wurden erst aus ihrer Verlegenheit durch das Hereintreten Wels' erlöst. Der Wiener hatte seiner Frau gegenüber ein schlechtes Gewissen, weil er die Nacht durch nicht nach Hause gekommen war, und wollte nicht den Abend in ihrer Gesellschaft verbringen. Eine Sitzung in seiner Gewerkschaft gab ihm den Vorwand, sofort nach dem Essen aufzubrechen und Wittkamp abzuholen. Seine Frau hatte ihm eine paar giftige Bemerkungen über den Fremden gemacht, und er war neugierig, ihn kennen zu lernen.

„Mr. Bender — Ihren Namen kenn' i schon. Mr. Wittkamp hat mir von ihnen erzählt."

Wittkamp erinnerte sich gar nicht, daß er mit Wels mit seinen Freund gesprochen hatte. Aber der Wiener besaß für alles ein großes Interesse und ein gutes Gedächtnis und behielt jeden Namen, den er auch nur flüchtig gehört hatte.

„Wollen S' net mitkommen. I muß heut abend zur Union, wir haben Meeting."

Wittkamp sah ihn lächelnd an. „Sie begreifen wohl", sagte er überlegen, „Herr Bender ist heute bei mir zum Besuch, und da wollen wir doch hier zusammenbleiben."

„Ach, wir können ruhig auch ausgehen!" sagte Bender, dem Martha einen mahnenden Blick zugeworfen hatte. Er fühlte selbst, daß das Zusammensein unerträglich geworden war.

Martha nahm allen Mut zusammen. „Ja, das Wetter ist so schön, geht nur ruhig den Abend aus. Ihr wollt euch ja auch was erzählen."

„Aber du willst doch nicht allein hier bleiben?" fragte Wittkamp. Er begriff seine Frau und auch den Freund nicht, denn es schien ihm doch nirgends schöner zu sein als im eigenen Heim.

„Ja, ich will allein sein. Bitte!"

„Na, sehn S', Ihre Frau ist vernünftig. Und nun kommen S' auch gleich mit, sonst fallt noch meine Alte über mi her."

Bender führte seinen Freund mit sanfter Gewalt zur Tür hinaus. Im Flur wollte Wittkamp noch einmal umkehren, um mit Martha noch ein paar Worte zu wechseln, denn sie war ihm so seltsam vorgekommen. Aber die andern beiden schleppten ihn mit.

10

Die Süddeutsche Bierhalle war wie immer überfüllt. In einem unerträglichen Tabaksqualm, in einer kochenden Hitze saßen hier deutsche Arbeiter, die meisten nur mit Hemd und Hose bekleidet, dicht gedrängt an den von verschüttetem Bier triefenden Holztischen. Sie fühlten sich hier wohl. Das Essen war gut und billig, die Gläser waren besonders groß, es gab deutsche Gesellschaft, und hinten neben dem Klavier stand Abend für Abend ein deutscher Komiker oder eine Sängerin, und man konnte die schönsten Tiroler Jodler, den neuesten Berliner Gassenhauer hören.

Wels war es, der hierhin wollte, denn hier war er mit dem Manager befreundet. Den beiden andern war es zwar eigentlich nicht ganz recht, in diesen Hexenkessel hineinzukommen, aber dann besorgte ihnen der Manager selbst aus einem Nebenraum Stühle, und so setzten sie sich in der Nähe des Klaviers mit an einen großen runden Tisch, an dem man ihnen durch Zusammenrücken Platz machte.

Bender interessierte sich sehr für diesen Wels. Er sah sofort, daß er es mit einem intelligenten, verschlagenen Menschen zu tun hatte, dessen sicheres, einschmeichelndes Auftreten er bewundern mußte. Aber daß er die alte verrückte alte Hexe zur Frau haben sollte, das begriff er gar nicht, wenn er auch hier in Amerika schon die komischsten Eheverhältnisse getroffen hatte. Er nahm sich vor, darüber Martha auszufragen, denn sie mußte doch Bescheid wissen.

(Fortsetzung folgt.)

gen Tagen ist ebenfalls akzeptabel, jedoch müssen die Schiedsgerichte, gegen die wegen einseitiger Urteile ein weitgehendes Mißtrauen in der Arbeiterschaft herrscht, paritätisch besetzt sein. Wer nämlich die Spruchpraxis der verschiedenen Schlichtungsausschüsse bei Entscheidungen über Arbeitsbedingungen für lokale oder größere Berufsverbände in letzter Zeit verfolgt hat, der kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in den Instanzen oft recht geringes soziales Verständnis den Bedürfnissen der Arbeiter entgegengebracht wurde. Zuweilen lautet nun ein Schiedsspruch auch so, daß eine höhere Entlohnung wohl angebracht wäre, aber die Wirtschaftsinteressen des Reiches bezw. des Landes oder der Gemeinde gestatten keine Aufbesserung. Unter dem Druck eines solchen Schiedsspruches würde jeder daraufhin folgende Streik den Todeskeim in sich tragen. Der Zwang zur Einigung wäre für die Arbeiterschaft nur eine Knebelung, während der Unternehmer seinen Nutzen schrankenlos erhöhen kann. Die Möglichkeit, auf dem Streikwege ihre Lebensbedingungen aufzubessern, darf den Arbeitern auch in den gemeinnützigen Betrieben nicht genommen oder illusorisch gemacht werden, noch dürfen Streikandrohungen mit drakonischen Strafen belegt werden. Das einzig Annehmbare wäre, daß die Notbetriebe in beschränktem Umfange aufrecht erhalten werden müssen. Darüber wird noch bei der Beratung des Gesetzentwurfes im Reichstage einiges zu reden sein. Eine Urabstimmung seitens der Tarifgemeinschaft (d. h. aller Angehörigen) des Gewerbes dürfte genügen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte würde nur ein belastendes, bureaukratisches Moment in den Lohnkampf hineintragen. Lohnbewegungen sind nun einmal Massenerscheinungen, die ganz ohne Zutun der Führer die Leidenschaften aufwühlen. Die Unzufriedenheit über ungenügende Lohnerhöhungen sucht sich mit Gewalt Luft zu verschaffen, und ein schlechter Schiedsspruch vermag die Geister nicht zu bannen. Daher die vielen Teil- und irregulären Streiks. Die Gewerkschaften verlangen gerade in Fällen von Tarifabschlüssen strengste Disziplin, sie strafen jeden Tarifbruch mit Entziehung jeder Streikunterstützung, aber mit Beruhigungspulvern ist nun einmal eine Massenpsychose nicht zu heilen. Man weist immer auf die australischen Lohnämter hin, die schon seit den 90er Jahren Verhandlungszwang besitzen und scharfe Strafen verhängen. Man täusche sich jedoch nicht über das Fiasko, das sie erlebt haben mit der Exekutive des Schiedsspruchs. Auch England kannte eine Solidarhaftung der Gewerkschaften, doch wirkten die Strafen auch hier nur aufreizend und verbitternd; heute ist man von der Verhängung von Geldbußen abgekommen. Bei uns in Deutschland will man nun die Organisationen haftbar machen für jede Uebertretung (z. B. politische bezw. Sympathiestreiks), für jede Unterlassung der Anrufung der Schlichtungsstelle. Damit werden die Verbände sich wohl kaum befreunden. Denn ebensowenig wie sie in Zeiten tiefsten wirtschaftlichen Niederganges die wilden Streiks, die hier und dort aufflammten, nicht verhindern konnten, so können sie auch nicht mit den unsicheren Wirtschaftsverhältnissen der Zukunft rechnen. Schon aus Gründen des eigenen Ansehens und als ehrliche Tarifkontrahenten vermitteln die Gewerkschaftsvorstände sofort, wo örtliche Streiks die Verbindlichkeit der Tarife bedrohen. Für diese Bemühungen sie noch zu bestrafen, wäre hart und unbillig. Die Strafgelder von den disziplinlosen Organisationsmitgliedern einzuziehen, würde nur zu Zerwürfnissen in den Organisationen führen und Spaltungen Vorschub leisten. Gesetze werden geschaffen, um respektiert zu werden. Hier liegt aber die Gefahr vor, daß bei größeren Streiks die Gesetzesbestimmungen von den Massen einfach über den Haufen gerannt werden. Allein das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschafter ist imstande, in Augenblicken aufwallender Leidenschaften, Disziplin zu halten und Widerspenstige durch Ausschluß aus der Organisation und der Tarifgemeinschaft durch Verweigerung jeder Streikunterstützung zur Vernunft zu bringen. Die Verhältnisse, besonders in heutiger Zeit wirtschaftlicher Krisen, sind oftmals stärker, als daß die Organisationen eine absolute Garantie für strikte Durchführung von Schiedssprüchen übernehmen können.

Noch manche anderen Bestimmungen in den 128 Paragraphen fordern zur Kritik heraus. Schlichtungsbehörden sollen sein die Einigungsämter, die Landesämter und das Reichseinigungsamt. Es kommen nur Gesamtstreitigkeiten, nicht Einzeldifferenzen in Frage. Jedes Einigungsamt soll außer einer gemischten eine Arbeiter- und Angestelltenkammer erhalten. Die Besetzung dieser Aemter wird voraussichtlich auf den Widerstand der Organisationen stoßen. Die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter sollen nämlich von der obersten Landesverwaltungsbehörde (Oberpräsident) berufen werden. Sie sollen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer und durch ihre Vorbildung und Erfahrung für das Amt geeignet sein. Der Bezirkswirtschaftsrat kann der obersten Landesbehörde geeignete Personen vorschlagen. Die Vorsitzenden des Reichseinigungsamtes sollen vom Reichspräsidenten bestellt werden und zwar auf Lebenszeit, die anderen nur auf 3 Jahre. Da die direkt Beteiligten demnach so gut wie gar keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der Schiedsämter haben, so kann von Vertrauenspersonen nicht die Rede sein. Eine fruchtbringende Tätigkeit der vorgeschlagenen Aemter ist nur auf paritätischer Grundlage, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erwarten. Beschwert wird der Instanzenaufbau ferner noch durch Sonderkammern für die Verwaltungen des Reiches und der Länder. In den Landeseinigungsämtern sind Revisionskammern vorgesehen, bei denen Berufung gegen die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs eingelegt werden kann. Die Bewegungsfreiheit der Organisationen soll also nach dem Entwurf nach allen Seiten mit einem Stacheldraht von Instanzen umgeben sein.

Während auf Arbeitgeberseite der vorliegende Gesetzentwurf als ein Messer ohne Klinge bezeichnet wird, weil die Exekutivgewalt vorläufig noch fehlt, lehnen die Gewerkschaften den Entwurf aus Gründen der Koalitionseinschränkung ab. Der Instanzenapparat dürfte große Beträge verschlingen und im umgekehrten Verhältnis zum Erfolge stehen. Wenn Lohnbewegungen in lebenswichtigen Betrieben mit Kautelen moralischer Art umgeben werden in Verbindung mit obligatorischer Schiedsgerichtsanrufung, so dürfte dies einen Fortschritt bedeuten. Ein weiterer Ausbau des Schlichtungswesens ist nur möglich im Sinne der Parität unter jeweiliger Berufung Unparteiischer.

Aus der Partei.

Das Urteil der Parteigenossen. In Halle wurde in der Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Ultimatum der Entente behandelt. Reichstagsabgeordneter Genosse Krüger-Merseburg hielt dazu das einleitende Referat. Wie der Referent stellten sich auch die Diskussionsredner auf den Standpunkt, daß die Annahme des Ultimatums für die Sozialdemokratie eine Notwendigkeit war. Eine Resolution, die in der Frage der Annahme des Entente-Ultimatums die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung billigt, wurde einstimmig angenommen. Außerdem fordert die Entschließung, daß die besitzenden Klassen mehr als bisher zu den Steuerlasten herangezogen werden. — In Jena haben die Parteigenossen den gleichen Standpunkt vertreten und eine ähnliche Entschließung angenommen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Entwicklung der Angestelltenbewegung. Diese Entwicklung der Angestelltenbewegung in ihrem Verhältnis zu den Arbeitergewerkschaften hat in den letzten Monaten eine Richtung genommen, die, wie Aman im „Vorwärts" schreibt, in der Oeffentlichkeit nicht genügend beachtet worden ist. Vor dem Kriege gehörten nur der „Zentralverband der Handlungsgehilfen" und der „Verband der Bureauangestellten" der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands", dem jetzigen „Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunde" an. Neben diesen beiden Gewerkschaften entstanden dann Organisationen von technischen und kaufmännischen Angestellten, die jahrelang hindurch die Notwendigkeit einer von der Arbeiterbewegung unabhängigen Angestelltenbewegung betonten, wie der „Bund der technisch-industriellen Beamten", der „Allgemeine deutsche Bankbeamten-Verband", die „Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen" und einige andere. Der Kampf um die Hinterbliebenenversorgung der Angestellten führte diese Verbände im Jahre 1917 zur „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten" zusammen, aus der später die „Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht" entstand. Diese bildete sich dann später zur Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände" (Afa) um. In ihr waren neben dem aus Handlungsgehilfen-, Bureauangestellten- und Versicherungsangestellten-Verband gebildeten „Zentralverband der Angestellten" der „Bund der technischen Angestellten und Beamten", der „Deutsche Werkmeister-Verband", der „Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten", der „Angestellten-Verband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes", außerdem einige kleinere Verbände von technischen Angestellten und Bühnenangehörigen zusammengefaßt.

Seit längerer Zeit schon waren Bestrebungen auf eine Reorganisation der Afa im Gange. Es sollte eine engere Zusammenarbeit der in dieser Arbeitsgemeinschaft vertretenen Organisationen erreicht werden. Diese Bestrebungen fanden zunächst ihren Ausdruck in der Umwandlung der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) in den „Allgemeinen freien Angestelltenbund" (Afa-Bund). Die Reorganisation dieses Bundes hatte zur Voraussetzung, daß das Verhältnis der bisher dem „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" (ADGB.) angeschlossenen Angestelltenverbände zu diesem geregelt wurde. Es war nicht möglich, daß diese Gewerkschaften zwei Hauptorganisationen gleichzeitig angehören konnten. Auf der anderen Seite bestand aber auch keine Möglichkeit, die bisher nicht dem ADGB. angeschlossenen Angestelltenverbände diesem zuzuführen, weil in der Afa vertretene Angestelltenverbände großen Wert auf Beibehaltung der bisherigen Selbständigkeit der Afa legten.

Nunmehr ist, wie der „Volksbote" bereits kurz berichtete, zwischen dem Vorstand des ADGB. und dem Vorstand des Afa-Bundes eine Einigung zustande gekommen. Die beiden Gewerkschaftsbünde behalten danach ihre Selbständigkeit. Sie verpflichten sich aber zu einem satzungsgemäßen Zusammenwirken in allen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam berühren. Bei Fragen, die in das Interessengebiet der einen oder anderen Gruppe übergreifen, soll tunlichst jede einzelne Gruppe auf die andere Rücksicht üben. In der Vereinbarung wird grundsätzlich anerkannt, daß der ADGB. die Arbeiter und der Afa-Bund die Angestellten gewerkschaftlich organisieren soll. In Grenzfällen ist eine Vereinbarung unter Umständen durch gemeinsame Schiedsgerichte vorgesehen. Der ADGB. und der Afa-Bund halten jeweilig gemeinsame Tagungen von Delegationen der beiderseitigen Bundesvorstände ab. ADGB. und Afa-Bund entsenden außerdem in jede Sitzung ihrer Bundesvorstände und Bundesausschüsse gegenseitig einen oder mehrere Vertreter mit beratender Stimme. Es können auch die beiderseitigen Bundesausschüsse zu gemeinsamer Beratung von wichtigen Fragen zusammentreten. In gleicher Weise sollen die Ortsausschüsse des ADGB. mit den Ortskartellen des Afa-Bundes, die beiderseitigen Bezirks- oder Landesorganisationen und insbesondere auch die gleichartigen Fach- und Industriegruppen ständig zusammenwirken.

Der Ausschuß des ADGB. hat der Aufnahme des Afa-Bundes in den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB.) mit dem Sitz in Amsterdam unter der Voraussetzung, daß in jedem Lande nur eine Landeszentrale des IGB. bestehen darf, zugestimmt. Ueber die Form des Anschlusses des Afa-Bundes an den IGB. soll der Bundesvorstand des ADGB. ein Verständigung herbeiführen. Die 12. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die am 22. und 23. März in Berlin stattfand, ermächtigte den Bundesvorstand, auf dieser Grundlage eine bindende Abmachung mit dem Afa-Bund schon jetzt zu treffen, und beauftragte, eine diesen Beschlüssen entsprechende Ergänzung der Bundessatzungen so rechtzeitig vorzubereiten, daß unterbreitet werden können. Auch der Afa-Bund soll seine die erforderlichen Anträge dem nächsten Gewerkschaftskongreß zur Genehmigung unterbreitet werden können. Auch der Afa-Bund soll seine Satzungen damit in Uebereinstimmung bringen. Die Grundsätze dieser Beschlüsse sind in einem am 12. April 1921 abgeschlossenen Organisationsvertrag von den Vorständen vereinbart.

In der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung ist besonders nach der Revolution der Gedanke einer möglichst engen Zusammenarbeit mit den Arbeitergewerkschaften zum Durchbruch gekommen. Er hat seinen ersten praktischen Ausdruck in den Kapp-Tagen gefunden. Die jetzt zustande gekommene Vereinbarung gibt für ein einheitliches Zusammenarbeiten von Angestellten und Arbeitern eine geeignete Grundlage. Es ist zu hoffen, daß beide Teile davon Nutzen haben.

Aus aller Welt.

Todesurteil gegen einen flämischen Redakteur. Durch den Akzisenhof von Ostflandern in Gent wurde das Urteil über die Gründer und Redakteure der während der deutschen Besetzung errichteten aktivistischen Zeitung die „Flämische Post" gefällt. Der Hauptredakteur wurde zum Tode verurteilt, einer zu lebenslänglichem Zuchthaus, zwei zu je 20 Jahren und zwei zu je 10 Jahren Zuchthaus. Sämtliche Verurteilte befinden sich zurzeit in den Niederlanden.

Eine holländische Millionenerbschaft. Aus dem Westerwald wird berichtet: Eine Erbschaft von nicht weniger als 1 700 000 Gulden, deren Erblasser ein kürzlich verstorbener holländischer Kapitän ist, hält seit Monaten zahlreiche Einwohner von Höher, Merkelbach, Hachenburg, Höchstembach und Welkenbach in Atem und hat schon manchem den Kopf verdreht. Jetzt gibt nun ein Einwohner von Welkenbach öffentlich bekannt, daß er durch Nachforschungen in Pfarrarchiven und in Holland selbst so weit gekommen sei, daß er sich und seine ganze Familie als testierte Nachkommen betrachten könne. Er hat bereits ausgerechnet, daß für jeden Stammerben nach Abzug aller Kosten eine Million Taler herauskommt und ist der Meinung, daß nunmehr durch ihn, wie er sagt, der „gordische Knoten von Westerwald" in ganz kurzer Zeit gelöst sei.

Explosion in einer Munitionsfabrik. Am Freitag ereignete sich in der Munitionsfabrik nahe dem bei Glogau gelegenen Dorfe Klautsch eine gewaltige Explosion. Einige hundert Minen sollen in die Luft geflogen sein. Wegen andauernder weiterer Explosionen war es zunächst unmöglich, die Unglücksstätte zu erreichen. Bisher sind sieben Verletzte geborgen, von denen drei schwerverletzt sind. Die Feuerwehren von Glogau und den benachbarten Ortschaften sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt.

Notgeld und Besatzungsbehörde. Das von der Stadt Trier ausgegebene Notgeld ist von der Besatzungsbehörde verboten worden, weil im Text des Scheines das Schillersche Zitat zu lesen ist: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen!"

Zürich, die Stadt der Millionäre. Gegenwärtig beherbergt Zürich von allen Städten nicht nur der Schweiz, sondern auch von ganz Europa die meisten Millionäre. Denn es gibt dort nicht weniger als 344 Millionäre, von denen 25 Personen mehr als fünf Millionen Franken besitzen. Zwei von ihnen haben sogar ein Vermögen von 20 Millionen Franken. Die Mehrzahl dieser Herrschaften hat ihre Schätze erst während des Krieges gesammelt, denn im Jahre 1912 gab es in Zürich nur 54 Millionäre.

Dreifacher Mord. Bei dem in dem Kreise Obernau gelegenen Dorfe Bankeratt wurde hinter einer Hecke der 76jährige Landwirt Peter Heinrichs erdrosselt aufgefunden. Das Aussehen des Körpers ließ einen Mord nach vorausgegangenem Kampf vermuten. Als man die Wohnung des Ermordeten betrat, fand man die 75 alte Schwester des Heinrichs, die Wittwe Ternes, tot am Boden liegend. Sie war mit einer Axt niedergeschlagen worden. Der 25jährige Knecht Philipp Müller wurde später in der Nähe des Hauses als Leiche in einem Teiche aufgefunden. Auch diese Leiche zeigte mehrere Axthiebe, sowie eine Reihe Dolchstiche. Im Hause war alles durchwühlt. Auf die Ermittelung der Täter ist eine Belohnung von 4000 Mk. ausgesetzt.

Ein Vermögen im Gefängnis erworben. Ein tüchtiger Verbrecher ist ein geborener Oesterreicher Leo Borwitsch, der im Londoner Untersuchungsgefängnis durch Spekulationen so viel Geld erwarb, daß er die Unterschlagungen, die er gemacht hatte, zurückerstatten konnte. Der Gefangene, der seine Zeit im Gefängnis so gut anwendete, war im Februar in Liverpool festgenommen worden, weil er der Nationalbank von Neuyork 50 000 Dollars unterschlagen hatte. Er wurde in London gefangen gehalten, bis die Auslieferungsverhandlungen beendet waren, und spekulierte währenddessen an der Börse, wobei er eine größere Summe verdiente als die war, die er unterschlagen hatte. Nach Neuyork zurückgebracht, war er daher in der Lage, der Bank ihren Verlust vollständig zu ersetzen und ein hübsches Sümmchen noch für sich zu behalten. Da er den Schaden wieder gutgemacht hatte, bat er die Richter um Gnade und erreichte auch, daß die Strafe aufgeschoben wurde für den Fall, daß er nach England zurückkehrte.

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.

Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Helsingborg, Halmstadt, Warberg und Gothenburg, etwa drei- bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Halland-Linie „Svanen", „Westkusten", „Najaden", „Malmö" und „Lübeck" für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Tärnan", „Nissen", „Falken" und „Ludwig Kollberg" nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Najaden" am 25. Mai, Dampfer „Ludwig Kolberg" am 28. Mai. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17, Schiffsmakler: C. F. Schütt & Co., Unterrave 12/13.

Kopenhagen mit Umladung nach Aarhus, Aalborg, Veile, Kolding, Randers, Odense, Fredericia, Horsens, Island, West-Norwegen und Amerika zweimal wöchentlich ein Dampfer der Forenede Dampskibs-Selskab in Kopenhagen. Die Dampfer nehmen außer Fracht auch, soweit möglich, Passagiere mit. Nächste Expedition: Dampfer „Hjelm" am 27. Mai. Vertreter für den Personen- und Frachtverkehr: H. M. Gehrckens, Lübeck, Gr. Altefähre 20.

II. Nach Süd-Schweden.

Stockholm eventl. auch Kalmar, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi-Aktiebolaget „Svea" in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Angermanland" am 7. Mai nach Kalmar und Stockholm. Vertreter für den Personenverkehr: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Skandinavischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Hertha" am 26. Mai. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck, Gr. Altefähre 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.

Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Söndenfield-Norske Dampskibselskap" sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Ein Extra-Dampfer ladebereit Mitte nächster Woche. Vertreter: Rob. M. Slomann jr., Alfstraße 38.

Skien, Drammen und Christiania alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der „Jelölinjen" in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Ein Extra-Dampfer ladebereit voraussichtlich Anfang nächster Woche. Vertreter für den Frachtverkehr: S. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Drontheim event. Haugesund, Aalesund, Christianssund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Teutonia" am 24. Mai. Vertreter: Lloyds-Transport-Compagnie C. H. W. Blasius & Co., Hafenstraße 8.

IV. Nach Finnland.

Helsingfors und Reval (nach letzterem Orte nur für Passagiere) jeden Sonnabend nachmittag 2 Uhr mit Dampfern der „Finska Angfartygs-Aktiebolaget" in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Aegir" am 28. Mai. Anmeldung von Passagieren bei Piehl & Fehling, Schiffahrtskontor, G. m. b. H., Beckergrube 89.

Nach Wiborg und Kotka monatlich zweimal.

Nach Raumo, Mäntyluoto und Wasa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Frey" am 28. Mai. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 43.

Helsingfors. Linie Viktor Ek. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Stockholm" am 28. Mai, auch nach Kotka und Wiborg.

Abo. Ein- bis zweimal monatlich. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Abo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der „Angfartygs-Aktiebolaget, Transito" in Abo. Nächste Expedition: Dampfer „P. Thorvöst" am 28. Mai. Personen- und Frachtverkehr: Piehl & Fehling, Schiffahrtskontor, Beckergrube 89.

Abo und Helsingfors. Alle 14 Tage ein Dampfer der Finnland-Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Aranda" am 28. Mai. Vertreter: Korpas & Tuomaala, Engelsgrube 50.

V. Nach Lettland und Estland.

Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rußland" am 4. Juni. Vertreter: H. H. Bertling, Gr. Altefähre 23.

Libau und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Ein Dampfer etwa Mitte Juni. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altefähre 21.

VI. Nach deutschen Ostseehäfen.

Burg und Orth a. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Sonnabends Dampfer „Fehmarn". Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Taht & Severin, Schüsselbuden 15.

Wismar, Rostock, Stettin und Zwischenstationen. Wöchentlich einmal mit Dampfern der „Ippen-Linie", bei Bedarf Extradampfer. Nächste Expedition: Dampfer Otto Ippen am 28. Mai. Vertreter: Wm. Minlos, Beckergrube 52.

Königsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Nächste Expedition: Ein Dampfer am 28. Mai. Vertreter: Franz Heinrich, Untertrave 84.

Eildampferverbindung von Lübeck nach Magdeburg

mit Umladung nach Berlin, Dresden, Halle a. S., Breslau und Zwischenstationen. Regelmäßige wöchentliche Expedition ab Lübeck jeden Freitag. Güterannahme durch die Magdeburg-Lübecker Eilschiffahrtsgesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und F. H. Bertling, Gr. Altefähre 23.

Nach Lauenburg a. E. und Hamburg.

Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lüders & Stange, Abteilung Flußschiffahrt, Kanalstr. 11/19.